



# POLEN-ANALYSEN

[www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

## 25 JAHRE PARTNERSCHAFT IV

■ ANALYSE		
Wirtschaftliche Erfolgsgeschichte mit Schönheitsfehlern		2
Reinhold Vetter, Warschau/Berlin		
■ ANALYSE		
25 Jahre EU-Binnen- und Finanzmarktintegration Polens		9
Gunter Deuber, Wien		
■ STATISTIK		
Wirtschaftliche und finanzielle Indikatoren		14
<hr/>		
■ CHRONIK		
17. Mai 2016 – 6. Juni 2016		21

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung  
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY  
POLSKO-NIEMIECKIEJ  
STIFTUNG  
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE  
ZUSAMMENARBEIT



25 Jahre gute  
Nachbarschaft  
25 lat dobrego  
sąsiedztwa



## Wirtschaftliche Erfolgsgeschichte mit Schönheitsfehlern

Reinhold Vetter, Warschau/Berlin

### Zusammenfassung

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen der letzten 25 Jahre sind in vielerlei Hinsicht eine Erfolgsgeschichte. Der bilaterale Austausch hat wesentlich dazu beigetragen, dass Polen heute über eine funktionierende, auch international konkurrenzfähige Marktwirtschaft verfügt. Im Gegenzug hat auch die deutsche Wirtschaft von den Beziehungen zu Polen profitiert. Die Defizite der polnischen Volkswirtschaft liegen nicht in erster Linie darin, dass einige ordnungspolitische Grundlagen fehlen, sondern vor allem in der mangelnden sozialen Absicherung. Die von der Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* geführte Regierung in Warschau wird die Fundamente der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen nicht ins Wanken bringen. Eine negative Folge ihrer Politik könnte allerdings darin bestehen, dass die deutsche Investitionsbereitschaft in Polen zurückgeht.

Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung Polens seit der Unterzeichnung des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit am 17. Juni 1991 und damit auch für die Entwicklung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen waren die marktwirtschaftliche Transformation in den Jahren 1989/1990 bzw. die nachfolgenden Reformen im neuen System sowie die Anpassung der polnischen Volkswirtschaft und ihrer ordnungspolitischen Grundlagen an die Normen der Europäischen Union. Der Beitrittsprozess fand seinen Abschluss am 1. Mai 2004, als Polen und neun weitere Staaten in die Gemeinschaft aufgenommen wurden.

Der nach dem Amtsantritt der ersten nichtkommunistischen Regierung unter Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki im September 1989 eingeleitete, verfassungsrechtlich und gesetzlich fundierte Wandel umfasste alle Bereiche der Wirtschaft und des Finanzsektors sowie die entsprechenden Institutionen. Als Symbol für diesen Wandel gilt Leszek Balcerowicz, Polens ehemaliger Präsident der Polnischen Nationalbank (*Narodowy Bank Polski – NBP*), der damals als stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister diese Reform auf den Weg brachte. Er und seine Mitarbeiter erbrachten innerhalb weniger Monate die fachliche und organisatorische Leistung, das radikale Wirtschaftsprogramm durch das Parlament zu bringen und ab dem 1. Januar 1990 zu implementieren. Seine »Schocktherapie« wird im Rahmen der internationalen wirtschaftswissenschaftlichen Debatte mehrheitlich als das einzige erfolgreiche Modell zumindest für den ersten Schritt der postsozialistischen Transformation der Wirtschaft gewürdigt.

Ein wichtiger Aspekt dieses Modells bestand darin, privaten Unternehmen fortan eine Schlüsselrolle einzuräumen, wobei bereits unter dem vorherigen Ministerpräsidenten Mieczysław Rakowski ab September 1988 erste Schritte in diese Richtung unternommen worden

waren. Ebenso begann die Privatisierung der staatlichen Wirtschaft. Der Aufbau eines modernen Finanzsektors mit privaten Banken und Versicherungen war die notwendige Ergänzung dieser Entstaatlichung und gleichzeitig ein wichtiger Schritt zur Schaffung neuer Dienstleistungsstrukturen. Das staatliche Monopol im Außenhandel wurde abgeschafft sowie auch die einseitige Bindung der Import-Export-Strukturen an den früheren Ostblock.

### Impulse durch Ausländische Direktinvestitionen

Große Bedeutung für den marktwirtschaftlichen Fortschritt Polens hatte die Öffnung des Landes für ausländisches Kapital, die schon bald nach dem Systemwechsel einsetzte. Auch und gerade deutsches Kapital trat hier auf den Plan. Dieser Hinweis ist aktuell wichtig, da Vertreter der gegenwärtig regierenden *PiS* von Jarosław Kaczyński immer wieder mit zum Teil heftiger Kritik an ausländischen Investoren bzw. deren polnischen Tochterfirmen an die Öffentlichkeit gehen. Durch die weitgehende Konzentration auf zukunftssträchtige Branchen hat der Zufluss der Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) die wirtschaftliche Struktur Polens verändert, das technologische Niveau der Produktion angehoben, für mehr Produktivität gesorgt und damit die Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Volkswirtschaft sowie deren Integration in die internationalen Märkte gestärkt. Gerade deutsche Unternehmen haben besonders zur Entwicklung bestimmter polnischer Regionen beigetragen, etwa in Niederschlesien. Die heutigen Kritiker aus den Reihen der *PiS* gehen offenbar von der fälschlichen Annahme aus, dies alles sei im Grunde auch ohne ausländische Investoren möglich gewesen.

Aus deutscher Sicht war und ist das Engagement deutscher Unternehmen in Polen und den anderen EU-Staaten Ostmittel- und Südosteuropas nicht nur posi-

tiv, da diese Investitionen mitunter zum Abbau von Arbeitsplätzen führten bzw. führen. Andererseits ist der Rücktransfer der Gewinne dieser Unternehmen nach Deutschland ein wesentlicher Beitrag zu ihrem Ertrag sowie zur Sicherung ihrer Existenz in Deutschland und damit auch zum Erhalt von Arbeitsplätzen.

Mit dem zunehmenden Engagement ausländischer Investoren wuchs auch die Verflechtung Polens mit dem europäischen und überhaupt dem internationalen Handel.

### Beitritt zur EU fördert Modernisierung

Ein wichtiger Impuls für die polnische Volkswirtschaft und damit auch für die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen war die Aufnahme Polens in die Europäische Union am 1. Mai 2004. So führte die Integration in den gemeinsamen Markt zu einem konjunkturellen Aufschwung, der sich besonders in den hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 6,2% und 6,6% in den Jahren 2006 und 2007 manifestierte. Lag das BIP im Jahr 2003, also ein Jahr vor dem Beitritt, bei 43% des EU-Durchschnitts, so erreichte es im Jahr 2008 bereits 51%. Enorm stieg auch der Zufluss Ausländischer Direktinvestitionen, der im Jahr 2007 mit 16,6 Milliarden Euro den höchsten Jahreswert seit 1989 erreichte. In diesen Jahren festigte Deutschland auch seine Position als größter Investor in Polen. Außerdem profitierte der polnische Außenhandel vom EU-Beitritt des Landes. Sein Volumen erreichte 2008 das Zweieinhalbfache des Werts des Jahres 2003.

Nicht zuletzt diese Zahlen muss man sich vergegenwärtigen, wenn es um die Bilanz der 25 Jahre deutsch-polnischer Wirtschaftsbeziehungen geht, auch um kritischen Anmerkungen aus den Reihen der *PiS* zu begegnen, etwa dergestalt, dass Deutschland vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Verbrechen in Polen während des Zweites Weltkriegs noch vieles »gut zu machen« habe. Hinzu kommen zusätzlich die vielfältige deutsche Hilfe und Förderung etwa im Bereich der Kunst, der Kultur, der Wissenschaft und der Bildung.

Mit der Übernahme des *Acquis Communautaire* und dem EU-Beitritt verstärkte sich der Prozess der Modernisierung und Entbürokratisierung. So erlangten die Produkte der polnischen Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie durch die Beachtung der EU-Qualitätsstandards eine größere Konkurrenzfähigkeit auf den westlichen Märkten. Die Energiewirtschaft des Landes wurde gezwungen, mehr Konkurrenz und damit mehr Preiswettbewerb zuzulassen.

Dass die polnische Energiewirtschaft bis heute große Defizite aufweist, zeigt sich besonders an der nach wie vor starken Dominanz der Kohle bei der Energiegewinnung – eine Dominanz, die alles andere als zukunfts-

trächtig ist und an der die nationalkonservative Regierung von Ministerpräsidentin Beata Szydło offenbar festhalten will. Das polnische Energieunternehmen *Polskie Sieci Elektroenergetyczne (PSE)* hat in einer Studie bereits davor gewarnt, dass schon in fünf Jahren Engpässe bei der Stromversorgung des Landes auftreten könnten, verursacht durch die erzwungene Schließung von Kohlekraftwerken, die nicht mehr den EU-Umweltanforderungen entsprechen.

Das Auftreten ausländischer und gerade auch deutscher Unternehmen veränderte außerdem die Managementstrukturen und Entscheidungsprozesse in den betreffenden polnischen Unternehmen: Die Eingliederung von polnischen Tochterunternehmen in die Netzwerke internationaler Konzerne führte oft zu einer wachsenden Spezialisierung, etwa durch die Konzentration der Produktion auf bestimmte Produktkomponenten, und auch zu einer Beschränkung der Entscheidungskompetenz von Tochtergesellschaften sowie des Einflusses der polnischen Regierung und der regionalen und lokalen Verwaltungen. Strategische Entscheidungen über neue Produkte und die Umstrukturierung der Produktionsabläufe fielen fortan stärker in den internationalen Konzernzentralen. Die staatliche Wirtschaftspolitik sah sich mit einschneidenden Kapitalbewegungen, dem Abbau bzw. der Verlagerung von Arbeitsplätzen sowie verstärktem Lobbyismus von Seiten ausländischer Investoren konfrontiert – Phänomene, die bis heute anhalten und natürlich auch der Partei von Jarosław Kaczyński nicht verborgen bleiben.

Auch für die polnischen Arbeitnehmer hatte die Integration der polnischen Volkswirtschaft in die internationalen Märkte positive und negative Folgen. So kamen sie einerseits mit modernen Technologien, Produktionsabläufen, Arbeitsprozessen und Führungsmethoden in Berührung. Andererseits spürten sie am eigenen Leib, welche politischen und materiellen Druckmittel internationale Investoren einsetzen, wenn sie ihren Profit maximieren oder aber wegen des harten Konkurrenzkampfes auf den globalen Märkten einfach nur Kosten sparen wollen. Dazu zählte das Abdrängen der Gewerkschaften und anderer Arbeitnehmervertretungen, die Durchsetzung ausgefeilter Prämiensysteme und, im Extremfall, die Verlagerung von Produktionsstätten in andere Länder, etwa nach Südostasien. Mit dem Beitritt zur EU musste auch Polen lernen, wie schwer staatliche Sozialpolitik unter den Bedingungen der Globalisierung zu realisieren ist.

### Die Kehrseite der Medaille

In den 1990er Jahren manifestierte sich der wirtschaftliche Strukturwandel in Polen auch in Form des Abbaus industrieller Strukturen besonders in der Schwer- und

Rüstungsindustrie, der Reduzierung der landwirtschaftlichen Tätigkeit und des Aufbaus moderner Dienstleistungsstrukturen. In marktwirtschaftlicher Hinsicht war dieser Bedeutungsverlust zu erwarten und nur folgerichtig, hatte sich das sozialistische System in Polen doch durch eine stark überzogene Produktion von Investitions- und Rüstungsgütern ausgezeichnet. Ein schweres Erbe sozialistischer Zeiten war auch der viel zu hohe Anteil der Landwirtschaft an der gesamtwirtschaftlichen Leistung.

Andererseits waren die Folgen dieses Strukturwandels für den Arbeitsmarkt dramatisch. Trotz des Wirtschaftswachstums und fortwährender Produktionssteigerung ging die Beschäftigungsquote zurück. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze etwa im Dienstleistungssektor konnte den massiven Abbau in der Produktion nicht ausgleichen. Die Reduzierung der Beschäftigung fiel nicht zuletzt dann dramatisch aus, wenn ausländische Investoren einheimische Unternehmen kauften. Ebenso verloren viele einheimische staatliche Unternehmen ihre Existenzberechtigung und wurden aufgelöst, wenn sich kein in- oder ausländischer Investor fand; ihr Vermögen wurde abgewickelt, ihre Arbeitnehmer entlassen. Nach Angaben des *Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS)* sind in den Jahren 1989 bis 2003 in Polen etwa 3,2 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen.

Auf der anderen Seite wurden viele Stellen geschaffen, wenn internationale Konzerne neue Unternehmen und Produktionsstätten in Polen aufbauten – nicht zuletzt in den Sonderwirtschaftszonen, die gerade auch von ausländischen Investoren genutzt wurden und werden. Aber es sollte noch bis 2005/2006 dauern, dass endlich die Abhängigkeit zwischen Produktivitätssteigerung und Arbeitslosigkeit durchbrochen wurde. Erst ab dann wurden in Polen wieder mehr neue Stellen geschaffen als abgebaut. Das galt für technologisch anspruchsvolle Produktionsabläufe in der Industrie und auch für den Dienstleistungssektor.

Besonders die globale Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2007 bis 2009 zeigte sehr deutlich, dass die Integration in die internationalen Märkte und speziell enge deutsch-polnische Wirtschaftsbeziehungen auch negative Auswirkungen zeitigen können. So ging auch in Polen das BIP-Wachstum zurück, weil Deutschland als wichtigster Handelspartner in eine wirtschaftliche Rezession abrutschte und deshalb die Nachfrage nach polnischen Importgütern stark nachließ. Ebenso ging der Zustrom deutscher Direktinvestitionen nach Polen zurück. Das Defizit im polnischen Staatshaushalt stieg auf das Doppelte des Maastricht-Grenzwertes von 3 % des BIP, weil die nachlassende Konjunktur auch zu sinkenden Steuereinnahmen führte.

Polen musste außerdem die schmerzhaft Erfahrung machen, dass ausländische Kredite für den polnischen Staat sowie die einheimischen Unternehmen und Privatkunden aufgrund der Krise höher verzinst wurden und überhaupt schwieriger zu bekommen waren. Außerdem verteuerte sich der Schuldendienst für bereits laufende Kredite aus Deutschland und anderen westlichen EU-Staaten. Glücklicherweise erreichte die Verschuldung in Fremdwährungskrediten in Polen nicht das dramatische Ausmaß, das in Ungarn, der Tschechischen Republik und den baltischen Staaten zu beobachten war.

Unter dem Strich hat Polen die internationale Krise jedoch relativ gut bewältigt und im Jahr 2009 als einziger EU-Mitgliedstaat ein Wachstum des BIP erzielt, nämlich 1,7 %. Sogar im größeren Kreis der Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (*OECD*) kam Polen am besten durch die Krise.

Fragt man nach den Gründen für diesen relativen Erfolg, dann steht an erster Stelle die Tatsache, dass die polnische Volkswirtschaft nicht so extrem exportabhängig ist wie die anderer EU-Mitgliedsländer, gerade auch in Ostmitteleuropa. Außerdem konnten die Exporteinnahmen durch eine starke Binnennachfrage auf dem großen einheimischen Markt teilweise ausgeglichen werden. Hinzu kam, dass die polnischen Banken vergleichsweise gering in den Handel mit »toxischen Papieren« verwickelt waren – und zwar vor allem deshalb, weil sie von ihren ausländischen und gerade auch deutschen Mutterbanken nicht so richtig an dieses lukrative, dann aber folgenschwere Investment herangelassen wurden. Im Laufe des Jahres 2010 trat eine allgemeine Erholung ein, wobei Polen in der Jahresbilanz erneut zu den wachstumsstärksten Ländern in der gesamten EU gehörte. Auch die Werte des deutsch-polnischen Handels stiegen nach dem Rückgang von 2009 im Jahr 2010 wieder an. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die globale Finanz- und Wirtschaftskrise die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen zwar beeinträchtigt, aber deren Grundstruktur und Erfolg nicht grundsätzlich verändert hat.

### **Keine »verlängerte Werkbank« mehr**

Ziehen wir eine erste Bilanz nach 25 Jahren. Seit langem ist die Zeit vorbei, in der man, gerade auch in Deutschland, über die »polnische Wirtschaft« lästerte. Polen gilt als Sinnbild erfolgreicher Transformation und als Inbegriff marktwirtschaftlicher Reformen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, inzwischen auch als »Wachstums-Champion« Europas. Immerhin haben sich das BIP und das BIP pro Kopf seit dem Beitritt zur EU fast verdoppelt. Polen ist auch das Land in Ostmitteleuropa, das seit Jahren die höchste Summe an Ausländischen Direkt-

investitionen aufweist. Was den Außenhandel angeht, wickelt das Land inzwischen 70 % seines Exports und 60 % seines Imports mit den alten EU-Mitgliedern im Westen ab. Nimmt man die gesamte erweiterte EU, dann entfallen 80 % der Ausfuhren und 75 % der Einfuhren Polens auf den EU-internen Handel.

Doch ein Blick auf die Zahlen zeigt auch, dass es noch ein beträchtliches Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost gibt und damit der Aufholprozess Polens noch lange andauern wird. So lag das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in Währungsparitäten) im Jahr 2015 in Polen bei 11.100 Euro, während es in der EU durchschnittlich 27.400 Euro, in der Eurozone 29.800 Euro und in Deutschland 37.100 Euro betrug. In absoluten Zahlen: Das BIP lag in Polen bei 411 Milliarden Euro, während es in Deutschland 2,9 Billionen Euro betrug.

Das jährliche Wirtschaftswachstum muss also höher ausfallen als das der wichtigsten EU-Mitglieder im Westen, will Polen *peu à peu* aufholen. Vorerst gelingt das. So lag das reale BIP-Wachstum im Jahr 2015 in Polen bei 3,6 %, während es in der EU (durchschnittlich) und in Deutschland jeweils 1,6 % betrug. Ein wichtiges Element dieses Aufholprozesses sind die Mittel aus den EU-Strukturfonds. So sind in den Jahren 2004 bis 2013 92,4 Milliarden Euro aus dem EU-Budget nach Polen geflossen. Selbst wenn man davon den Beitrag Polens in die EU-Kasse in Höhe von 31 Milliarden Euro abzieht, bleibt immer noch ein gewaltiger Transfer – ein Faktor, den man im Hinterkopf behalten sollte, wenn es um die Analyse der EU-Politik der regierenden nationalkonservativen *PiS* geht.

Die erfolgreiche Integration der polnischen Ökonomie in die Weltwirtschaft wurde wiederholt auch durch Zurückhaltung bei Lohnerhöhungen erkaufte. Die realen Einkommen sind zwar gestiegen, aber eben nicht so stark wie die Produktivität und die Wirtschaftsleistung. Im Jahr 2015 betrug das monatliche Durchschnittseinkommen (nominal) in Polen 904 Euro, während es in der gesamten EU 2.299 Euro betrug. Trotzdem gilt Polen bei ausländischen Investoren nicht mehr als »verlängerte Werkbank«, d. h. als ein Standort, der – wie etwa Südostasien – in erster Linie wegen seiner niedrigen Lohnkosten attraktiv ist. Die Arbeitslosenquote ist im Vergleich zu 2007 in etwa gleich geblieben (2015: 9 %, in der EU durchschnittlich 10,2 %), sie war aber zwischenzeitlich auf über 10 % gestiegen. Unter den 15–24jährigen liegt die Arbeitslosenquote bei 25 %. Die Schere zwischen Niedrigverdienenden und Besserverdienenden öffnet sich inzwischen langsamer als im ersten Jahrzehnt nach der Transformation. Doch die Zahl derjenigen Polen, die schon an der Armutsgrenze leben bzw. davon bedroht sind, in Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung abzugleiten, liegt immer noch bei etwa

neun Millionen – bei einer Gesamteinwohnerzahl von 38,02 Millionen.

Die vergleichsweise moderate Arbeitslosenquote hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass seit dem Beitritt zur EU etwa 2,5 Millionen Polen ins Ausland gegangen sind, insbesondere nach Großbritannien und Deutschland. Die große Mehrheit von ihnen ist dort geblieben, eine Minderheit weilte nur zeitweise im Ausland oder hatte als Saisonarbeiter von vorn herein nur einen temporären Aufenthalt geplant. Die Emigranten kamen vor allem aus ökonomisch schwachen Gebieten wie etwa der Woiwodschaft Opoln (województwo opolskie) im Westen, der Woiwodschaft Heiligkreuz (woj. świętokrzyskie) in Zentralpolen und dem Karpatenvorland (woj. podkarpackie) im Südosten des Landes. Neben den positiven Auswirkungen dieser Migration wie Transferleistungen aus dem Ausland nach Polen und der Entlastung des Arbeitsmarktes, verliert Polen häufig dauerhaft mobile und in der Regel junge, nicht selten gut ausgebildete Menschen. Hinzu kommt die schwierige familiäre Situation der Pendler, was insbesondere die Kinder trifft. Die ökonomischen und sozialen Kosten dieser Migration für Polen insgesamt sind hoch, auch wenn die individuelle Bilanz am Ende positiv sein kann.

Besonders in der Regierungszeit der *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) hat sich eine regelrechte »Zwei-Klassen-Gesellschaft« in der medizinischen Versorgung entwickelt. Die Zahl der guten Ärzte und modernen medizinischen Einrichtungen hat zwar zugenommen, doch sind deren Leistungen für Normalverdienende oft und für Niedrigverdienende fast nie zu bezahlen. Während die Zahl der privaten, erfolgreich arbeitenden, in der Regel aber teuren Arztpraxen und Krankenhäuser gestiegen ist, sind viele staatliche Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen in einem vergleichsweise schlechten Zustand. In vielen Krankenhäusern übersteigen die Kosten bei weitem die Einnahmen, was zu einer grassierenden Verschuldung führt. Die bauliche Qualität vieler Spitäler sowie deren Ausstattung mit Apparaturen müssten dringend verbessert werden. Die Überlastung der Beschäftigten wegen Personalmangels und ihre oft schlechte Bezahlung fördern die Korruption und veranlassen viele Schwestern und Ärzte, nach Westeuropa zu gehen.

### Deutsch-polnische Bilanz

Polen hat sich in den letzten Jahrzehnten für deutsche Unternehmen zum attraktivsten Investitionsstandort in Ostmitteleuropa entwickelt. In einer Umfrage, die deutsche Außenhandelskammern zu Jahresbeginn unter Unternehmen aus westlichen Industrieländern durchgeführt haben, erhielt Polen 4,8 von 6 möglichen Punkten

und lag damit wie im Vorjahr deutlich vor der Tschechischen Republik als Zweitplatzierte (4,4). Auf Platz drei lag die Slowakei (4,3), knapp vor Estland (4,2). Zu den Stärken des Landes werden die EU-Mitgliedschaft, der Zugang zu hohen EU-Fördermitteln, der große und dynamische Binnenmarkt, die geographische Nähe zu Deutschland, das bislang zu beobachtende vergleichsweise gute Angebot gut ausgebildeter Hochschulabsolventen und qualifizierter Arbeitskräfte sowie die Anwesenheit lokaler Zulieferer und Partner gezählt. Positive Veränderungen, die in der erwähnten Umfrage genannt werden, sind die gestiegene Zahlungsdisziplin unter polnischen Geschäftspartnern sowie Verbesserungen in der öffentlichen Verwaltung, der Infrastruktur und der Rechtssicherheit. Andererseits befürchtet man für die Zukunft steigende Arbeitskosten und einen schwieriger werdenden Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften.

Nach Angaben der Polnischen Nationalbank sind in den Jahren 1993 bis 2013 deutsche Direktinvestitionen in Polen im Wert von fast 28 Milliarden Euro getätigt worden. Deutschland liegt damit auf Platz eins vor den Niederlanden (knapp 26 Milliarden), Frankreich (gut 19 Milliarden) und Luxemburg (15 Milliarden). Ein großer Teil der deutschen Investitionen floss in die Automobilindustrie und in die Auslagerung von Geschäftsprozessen (besonders im IT-Bereich).

Doch die Investitionstätigkeit ist keine Einbahnstraße. Im Gegenzug zieht Deutschland auch viele polnische Unternehmen an, die hier investieren und Arbeitsplätze schaffen, insbesondere in der Mineralölwirtschaft, der Chemieindustrie, im IT-Bereich sowie im Bereich des Handels und der Dienstleistungen. In der Deutsch-Polnischen Industrie- und Handelskammer in Warschau beziffert man den Gesamtwert der bis Ende 2015 in Deutschland getätigten polnischen Direktinvestitionen mit etwa 2 Milliarden Euro.

Zu den Vorteilen, die polnische Firmen als Grund für ihr Engagement in Deutschland anführen, zählen insbesondere der große und aufnahmefähige deutsche Binnenmarkt sowie die Kostenersparnis durch die Produktion im Land. Außerdem, so heißt es, könnten gerade von Deutschland aus Drittmärkte gut erschlossen werden, wobei das Qualitätsmerkmal »Made in Germany« verwendet werden dürfe. Wichtig seien außerdem die in Deutschland übliche transparente Geschäftsabwicklung und die relativ unbürokratische Wirtschaftsförderung durch die deutschen Landesregierungen. Oft wollen polnische Unternehmen ihre Position auf dem deutschen Markt durch Firmenübernahmen festigen, da sie damit gleichzeitig eine eingeführte Marke und ein etabliertes Vertriebsnetz übernehmen.

Besonders seit dem Beitritt Polens zur EU im Jahr 2004 hat der deutsch-polnische Handel eine dynami-

sche Entwicklung durchlaufen. Mit einem Anteil von 27 % am Export und gut 22 % am Import ist Deutschland der wichtigste Handelspartner für Polen. Gleichzeitig wächst Polens Bedeutung für die deutsche Wirtschaft kontinuierlich. Als größter Handelspartner Deutschlands in Ostmitteleuropa liegt Polen auf Rang sieben in der deutschen Außenhandelsstatistik mit einem Anteil von 4 %. Unter den deutschen Ausfuhren dominieren Maschinen und Anlagen, Kraftfahrzeuge, Elektrotechnik und chemische Erzeugnisse. Polen exportiert vor allem Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge, Lebensmittel, Möbel und Haushaltsgeräte.

### Wird jetzt alles anders?

Die ökonomischen Fundamente in Deutschland und Polen gelten als stabil, die Volkswirtschaften beider Länder sind eng miteinander verflochten – ein Umstand, von dem beide Seiten profitieren. Doch seitdem Polens Nationalkonservative im vergangenen Jahr alle wichtigen Schaltstellen im Staat übernommen haben, werden auch kritische Stimmen laut. So mancher warnt vor einer Gefährdung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen durch die *PiS*-Regierung.

Dabei sehen Insider wie Michael Kern, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutsch-Polnischen Industrie- und Handelskammer, kurzfristig keine Gefahren. Tatsächlich hat der neue polnische Wirtschaftsminister Mateusz Morawiecki ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit ausländischer Direktinvestitionen abgelegt. Doch längerfristig könnten durchaus dunkle Wolken aufziehen, denn gerade deutsche Mittelständler, die in Polen investieren wollen und dabei für einen Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren planen, stellen sich zunehmend die Fragen, wie es denn künftig um die Rechtssicherheit in Polen stehen werde, ob man in Polen überhaupt noch willkommen sei und ob nicht die Vertrauensbasis schwinde. Offensichtlich hat der politische Kurswechsel in Warschau für eine gewisse Unsicherheit gesorgt. Schon ist von einem Image-Schaden für Polen die Rede.

Tatsächlich werden in der *PiS* immer wieder kritische Stimmen laut, wenn es um die Tätigkeit ausländischer Unternehmen in Polen geht. So heißt es, ausländische Firmen würden übermäßig Gewinne aus Polen abziehen. Diese Kritik ist überzogen. Denn einerseits gingen etwa im Jahr 2015 rund 3 % des Bruttoinlandsprodukts an Gewinnen, Dividenden und Zinsen an Ausländer. Andererseits wird seit Jahren mehr als die Hälfte dieser Gewinne durch die ausländischen Firmen reinvestiert, also produktiv in Polen eingesetzt. Ein zweiter Kritikpunkt lautet, ausländische Konzerne, insbesondere Banken und Supermarktketten, würden im Land zu Lasten der Polen überhöhte Gewinne erzielen. Beide Branchen

befinden sich überwiegend in ausländischer Hand. Doch in beiden Branchen herrscht ein scharfer Wettbewerb, der überhöhte Gewinne gar nicht zulässt. Zudem werden den polnischen Kunden ein starkes Preisbewusstsein und eine geringe Markentreue nachgesagt. Schließlich lautet ein dritter Vorwurf, ausländische Firmen zahlten unterdurchschnittlich Steuern. Das stimmt zum Teil, ist aber ein hausgemachtes Problem. Denn in Polen wurden nach der Wende (von Regierungen des rechten wie des linken Spektrums) immer wieder Sonderwirtschaftszonen eingerichtet, die ausländische Investoren mit Förderungen und Steuererleichterungen anlocken sollten, um so *Know-how* und Kapital ins Land zu holen.

Sehr skeptisch schaut man im In- und Ausland auf die von der Regierung Szydło eingeführten oder geplanten Sondersteuern. Bereits beschlossen ist eine Bankensteuer in Höhe von 0,44% auf alle Vermögenswerte außer Staatsanleihen. Zudem werden höhere Mindestreserven vorgeschrieben und bestimmte Wechselkurse für Immobilienkredite in Schweizer Franken garantiert. In dieser Währung haben sich viele polnische Eigenheimbesitzer verschuldet. Die Kosten der Umschuldung sollen die Banken tragen. Der *PiS*-Vorsitzende Jarosław Kaczyński äußerte sich populistisch: »Wir befreien die Polen aus der Sklaverei des Kredits.«

Inzwischen hat Andrzej Jakubiak, Vorsitzender der polnischen Finanzaufsicht (*Komisja Nadzoru Finansowego – KNF*), mit deutlichen Worten vor den Folgen einer Umwandlung der Immobilienkredite gewarnt. Dadurch, so Jakubiak, könnten sechs Banken mit der Eigenkapitalquote unter die gesetzlich vorgeschriebenen 8% rutschen, fünf davon müssten möglicherweise sogar geschlossen werden. Der Chef der Finanzaufsicht warnte vor einer Kettenreaktion im Bankensektor und hält sogar den Beginn einer Finanzkrise in Polen für möglich. Es geht um Hypothekendarlehen im Wert von umgerechnet gut 15 Milliarden Euro.

Noch diskutiert wird über die konkrete Ausgestaltung einer neuen Umsatzsteuer auf die Einkünfte großflächiger Einzelhändler. Ein Entwurf des Finanzministeriums sieht vor, bei einem Umsatz von mehr als 17 Millionen Zloty monatlich einen Steuersatz von 0,8% auf den Umsatz zu erheben. Bei mehr als 2 Milliarden Zloty Umsatz jährlich soll der Satz 1,4% betragen. Die Regierung hat dabei das Problem, dass auch Supermarktketten in polnischem Besitz von einer solchen Steuer betroffen wären.

Dem *PiS*-Vorsitzenden Kaczyński und der neuen polnischen Regierung ist des Weiteren das Auftreten deutscher Medienunternehmer in Polen ein Dorn im Auge. Dabei geht es vor allem um die Verlagsgruppe Passau, die im Jahr 1994 von der französischen Hersant-Gruppe Mehrheitsanteile an neun polnischen Regional-

zeitungen übernommen hat. In den folgenden Jahren wurde *Polskapresse* als Dachunternehmen dieser Zeitungen zu einem der bedeutendsten Zeitungsverlage in Polen ausgebaut. Seit 2007 bzw. 2009 besitzt *Polskapresse* Kattowitz (Katowice) eine der modernsten Druckereien in Europa sowie ein Pressezentrum. Hieß es noch im Wahlkampf der *PiS* im letzten Jahr, man wolle die Regionalzeitungen zurückkaufen und in polnischen Besitz überführen, so ist inzwischen hauptsächlich die Rede davon, Konkurrenzzeitungen mit polnischem Kapital und Hilfe der Regierung aufzubauen. In Passau sah und sieht man etwaige Rückkaufpläne gelassen, da die polnische Seite kaum das Kapital dafür aufbringen könnte und auch juristische Hindernisse absehbar wären.

### Ein »völlig neues Wirtschaftsmodell«?

Was plant die nationalkonservative Regierung? Ministerpräsidentin Beata Szydło erklärte bald nach ihrer Amtseinführung, man wolle Polen ein völlig neues Wirtschaftsmodell geben. Wirtschaftsminister Morawiecki fügte hinzu, die alten Wachstumsquellen hätten sich erschöpft, man brauche neue Ansätze. Die bisherige Entwicklung, so der Minister, habe zu stark auf ausländischem Kapital und niedrigen Lohnkosten basiert. Polen bleibe offen für Ausländische Direktinvestitionen, aber nun gehe es darum, das polnische Kapital zu stärken.

Morawieckis Entwicklungsplan, der »25-Jahresplan«, beruht auf fünf Zielen, die mit großangelegten Investitionen in den nächsten fünf Jahren realisiert werden sollen.

- Erstens geht es um die intensive Förderung von rund 20 Branchen, in denen Polen schon jetzt vergleichsweise wettbewerbsfähig ist, wie etwa dem Fahrzeugbau und der Elektroindustrie. Angestrebt wird die Gründung produktiver polnischer Firmen mit hochwertigen Arbeitsplätzen.
- Zweitens möchte die Regierung die Gründung solcher Firmen fördern, indem sie bürokratische Hürden für die Zulassung abbaut und mehr Geld in entsprechende wissenschaftliche Forschung und Technologieentwicklung investiert.
- Drittes soll mehr polnisches Kapital für Investitionen zur Verfügung stehen, indem die Sparquote der Polen, etwa durch die Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge, erhöht wird und die Mitarbeiter von Firmen mehr Anteile am Betriebsvermögen und an den Unternehmensprofiten erhalten.
- Viertens will die Regierung polnischen Firmen bei der Expansion ins Ausland helfen.
- Fünftens ist eine stärkere Förderung strukturschwacher Regionen vorgesehen.

Insgesamt geht die Regierung für die kommenden 25 Jahre von einer Investitionssumme von etwa 1 Billion Zloty (zirka 250 Milliarden Euro) aus. Etwa die Hälfte der Mittel soll weiterhin aus dem Ausland stammen, insbesondere in Form von Geldern der EU. Die andere Hälfte soll im eigenen Land aufgebracht werden.

Ohne Zweifel müssen sich die politisch Verantwortlichen in Polen genauer überlegen, wie die reichlich fließenden Gelder aus den Strukturfonds der EU bis 2020 sinnvoll einzusetzen sind. Unter führenden Ökonomen des Landes herrscht auch Einigkeit darüber, dass neben dem Ausbau von Straßen, Schienen und weiterer Infrastruktur auch mehr Gewicht auf die wissenschaftlich-technische Förderung wirtschaftlicher Innovation gelegt werden muss. Ebenso ist weitgehend unstrittig, dass die Sparquote und die privaten Investitionen zunehmen müssen. Aber all das sind Pläne, die schon frühere Regierungen auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Bedenklich ist allerdings das Ausmaß, in dem die Regierung in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen will, etwa wenn sie jene Industriebranchen auswählt, die vorrangig gefördert werden sollen. Das erinnert an die sozialistische Planwirtschaft vor 1989.

Nimmt man die sozialpolitischen Pläne der Regierung wie das Kindergeld hinzu, dann stellt sich auch

die Frage, ob der polnische Staatshaushalt die Verwirklichung aller dieser Pläne verkraften kann, ohne aus den Fugen zu geraten – selbst wenn man die EU-Gelder und die private Kapitalbildung in Rechnung stellt. Letztlich sind Pläne, die auf 25 Jahre angelegt sind, in der Regel illusionär, weil sie politische Machtwechsel und entsprechende Regierungsumbildungen nicht mit einkalkulieren.

### Fazit

Die von *PiS* geführte nationalkonservative Regierung wird die Fundamente der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen sicher nicht ins Wanken bringen. Allerdings könnte es zu Zurückhaltung bei deutschen Investitionen kommen. Die Regierung weiß auch, dass sie auf drastische Schritte wie Handelsrestriktionen und Embargos verzichten muss, will sie sich nicht ins eigene Fleisch schneiden. Der Einfluss von *PiS* auf Politik, Gesellschaft, Kultur und Medien in Polen und auf die politischen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland ist stärker als auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

### Über den Autor

Reinhold Vetter ist freier Wissenschaftler und Publizist mit den Arbeits- und Forschungsschwerpunkten Zeitgeschichte und Politik Ostmitteleuropas. Er lebt in Warschau und Berlin. Seine jüngste Buchveröffentlichung »Bronisław Geremek. Der Stratege der polnischen Revolution« erschien 2014 in Berlin.

## 25 Jahre EU-Binnen- und Finanzmarktintegration Polens

Gunter Deuber, Wien

### Zusammenfassung

Polens Integration in die europäischen Wirtschafts- und Finanzmarktstrukturen bzw. den EU-Binnenmarkt ist in den letzten zwei Dekaden sehr weit gediehen. Im Außenhandel ist Deutschland der vornehmliche Wirtschaftspartner, etwas weniger bei den Ausländischen Direktinvestitionen, im Bankensektor oder bei Finanzinvestitionen. Im Bankensektor oder bei Portfolioinvestitionen ist die internationale Integration Polens sogar stärker als bei einigen »alten« EU-Mitgliedern. Vor diesem Hintergrund ist ein Streben nach mehr wirtschaftspolitischer Eigenständigkeit partiell erklärlich, was sich in einer vorsichtigen Position beim Eurobeitritt oder der Rolle von Auslandskapital bei der Staatsfinanzierung oder in einzelnen Wirtschaftssektoren manifestiert. Jüngste politische Maßnahmen nach dem Regierungswechsel im Vorjahr bzw. deren wirtschaftspolitische Implikationen könnten sich nun negativ auf die EU-Integration und das Vertrauen der Investoren auswirken. Jüngere oder ältere Erfahrungen, etwa in Ungarn (ähnliche Interventionen) oder Österreich (politische Sanktionierung durch die EU), zeigen aber auch: Eine Überdramatisierung ist nun nicht angezeigt, die unmittelbaren ökonomischen Nachteile für Polen sollten eher gering sein. Jedoch sollten denkbare mittelbare Folgen der aktuellen wirtschaftspolitischen Ausrichtung in Polen nicht unterschätzt werden.

### Handelsintegration und Ausländische Direktinvestitionen

Der Außenhandel gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), der Offenheitsgrad von Polens Wirtschaft, ist von 1990 an von 40 % auf heute 80 % gestiegen. Dies ist ein hoher Wert für eine größere Ökonomie. Der Offenheitsgrad hat – nach der Seitwärtsentwicklung der 1990er Jahre – vor allem um den EU-Beitritt (2004) herum offenkundig zugelegt. Der deutsch-polnische Handel hat besonders profitiert. Heute gehört Polen mit einem Anteil von 4,6 % zu den wichtigsten deutschen Handelspartnern, im Jahr 2000 lag der Anteil bei ca. 2 % und zu Beginn der 1990er Jahre unter 1 %. Da sich das deutsche Außenhandelsvolumen in den letzten zwei Dekaden verdoppelte, impliziert der steigende Polen-Anteil, dass das bilaterale Handelsvolumen Polen–Deutschland (in Euro gerechnet) im gleichen Zeitraum um den Faktor 3,5 bis 4 zulegen konnte. Heute beträgt der bilaterale Handelsumsatz ca. 95–100 Milliarden Euro im Jahr; im Jahr 2000 waren es 25 Milliarden Euro. Im Außenhandel ist Deutschland der dominierende Handelspartner Polens (Ex- und Importanteil von ca. 26 %, die nächstgrößeren Handelspartner haben Anteile von ca. 6 % bzw. 10 %). In Relation zum BIP Polens ist der deutsch-polnische Handel nun ähnlich intensiv wie mit den Niederlanden oder Österreich. Beide Länder sind traditionell zentrale Handelspartner Deutschlands. Damit sind allerdings auch keine so massiven Zuwächse im deutsch-polnischen Handel mehr realistisch. Das dennoch zu beachtende besondere Gewicht der Handelsbeziehungen zeigt die Tatsache, dass Polen mit Deutschland genauso viel oder mehr handelt wie mit den fünf weiteren großen EU-

Ländern – Frankreich, Italien, Niederlande, Großbritannien und Spanien – zusammen.

Der Handel Polens mit allen wichtigen EU-Partnerländern beträgt aktuell insgesamt ca. 170–180 Milliarden Euro, im Jahr 2000 waren es 50 Milliarden und zu Beginn der 1990er Jahre nur 8 Milliarden Euro. Trotz steigender Volumina sinkt der Anteil der EU-Länder in den letzten Jahren indes leicht, von 65 % in der Spitze auf 55 % im Export, von 58 % auf 50 % auf der Importseite. Dieser Trend ist nicht *per se* negativ bzw. zeigt nicht zwangsläufig eine geringe Intra-EU-Integration an; letztere ist gemessen am Anteil des EU-Intrahandels weiter sehr ausgeprägt. Der graduell fallende Außenhandelsanteil großer EU-Länder (bei steigenden Volumina) zeigt eher, dass Polens Wirtschaft sophistizierter wird und neue Märkte mit eigenen Produkten oder neue Lieferbeziehungen erschließt. Noch tiefer und fast einseitig im Vergleich zum Handel ist die EU-Integration Polens bei den Ausländischen Direktinvestitionen (ADI). Sieben wichtige westeuropäischen EU-Herkunftsländer stehen für 70 % aller ADI, 90 % der ADI in Polen haben ihren Ursprung in der EU. Das Gros der ADI ist in der Industrie (30 %) und im Finanzsektor konzentriert (20 %). Diese sektorale Aufteilung erklärt, warum Deutschland hier keine so prominente Rolle spielt wie beim Handel – bei den ADI im Finanzsektor ist es wenig prominent vertreten. Insgesamt ist der Anteil Deutschlands an den ADI aber aus deutscher Perspektive regional betrachtet immer noch überproportional, was sich zum Teil auch dadurch erklärt, dass Länder wie Österreich oder auch andere mitteleuropäische Nachbarländer bei den ADI in Polen eine geringere Rolle spielen als in vielen mitteleuropäischen Nachbarländern.

## Konvergenz zur Eurozone und Euroeinführung

Prinzipiell erfüllt Polen gemäß offizieller Lesart (der letzte EZB-Konvergenzbericht stammt aus dem Juni 2014) die Beitrittskriterien zur Eurozone (Europäische Währungsunion – EWU). Dies gilt für die Inflation, die Staatsschuldenquote, aktuelle Budgetdefizite sowie die Zinsen auf Zloty-Staatsanleihen. Zudem liegen gemäß der makroökonomischen Überwachung der EU keine gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte vor. Des Weiteren hat sich die Polnische Nationalbank (*Narodowy Bank Polski – NBP*) den Ruf einer stabilitätsorientierten und im geldpolitischen Handeln umsichtigen Notenbank erarbeitet, wobei jüngste politisch induzierte Marktunsicherheiten, vor allem nach dem Regierungswechsel 2015, zu erhöhten Zloty-Kursschwankungen führten. Letztere können im Sinne einer nachhaltigen Wechselkurs-Konvergenz, auch durch die Europäische Zentralbank (EZB) bzw. EU-Kommission, kritisch gesehen werden. Gleiches gilt, wenn sich die fiskalische Position (z. B. durch erhöhte Kindergeldzahlungen, Änderungen im Rentensystem) strukturell und nachhaltig verschlechtern sollte. Auch jüngste Bestrebungen der Politik, aktiv auf die *NBP* einzuwirken, könnte von EU-Institutionen kritisch betrachtet werden. Der nächste turnusgemäße EZB-Konvergenzbericht, der dies gegebenenfalls thematisiert, steht im Sommer 2016 an.

Abseits ökonomischer Kriterien ist Polen weit von einem EWU-Beitritt entfernt. Lokale Gesetze, die die *NBP* betreffen, erfüllen nicht alle Beitrittsvoraussetzungen. Notwendige juristische Umgestaltungen (auch der Verfassung) sind im gegenwärtigen innenpolitischen Umfeld noch unwahrscheinlicher als bisher. Zudem deutet derzeit nichts darauf hin, dass man aktiv integrationspolitische Signale – etwa in Form eines EWU-Beitrittsfahrplans – setzen will. Ferner erscheint der EWU-Eintritt derzeit auch im ökonomischen Rationalitätskalkül nicht auf alle Fälle opportun. Die wirtschaftspolitische Vertiefung der EWU der letzten Jahre bedingt nun auch die Mitgliedschaft in neuen Institutionen, wie dem Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (*Single Supervisory Mechanism – SSM*) für Banken, dem Abwicklungsregime für Großbanken und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) für Staaten. Hier gibt es noch einige auf EWU-Mitgliederebene kontrovers diskutierte Themen (z. B. eine europäische Bankeinlagensicherung), die je nach Ausgang eine rasche EWU-Mitgliedschaft für Polen wenig attraktiv machen können. Des Weiteren kann derzeit nicht abschließend geklärt werden, ob die EWU so nachhaltig gestärkt wurde, dass sie problemlos die nächste Periode globaler oder europäischer Wirtschafts- und Finanzmarkturbulenzen übersteht. Polen hingegen hat langfristig

positive Erfahrungen mit einer eigenständigen Währung und einer nationalen stabilitätsorientierten Notenbank gemacht.

## Banken- und Finanzmarktintegration

Die äußerst engen Außenhandelsbeziehungen mit der EU und Deutschland sowie substantielle ADI-Bestände, auch im Finanzsektor, resultieren auch in einer vertieften Integration Polens in die europäischen Banken- und Kapitalmärkte. Investitionen und Handel müssen finanziert werden, was geradewegs in einer Integration in die europäischen Banken- und Finanzmärkte resultiert bzw. Folgetransaktionen impliziert (z. B. Zins- und Währungsabsicherungsgeschäfte etc.). Die großen Bankensektoren Westeuropas mit signifikantem Polen-Geschäft (Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Spanien und Österreich) weisen derzeit ca. 170 Milliarden Euro grenzüberschreitende Forderungen (konsolidierte Bankstatistiken der Bank für Zahlungsausgleich) mit Polen-Bezug aus. Zum Vergleich: Dieselben EU-Banken weisen »nur« 80 Milliarden Euro grenzüberschreitende Forderungen mit unmittelbarem China-Bezug auf. Hongkong dazugerechnet, stehen hier immer noch »nur« 150 Milliarden. Die Forderungen der großen EU-Bankensektoren mit bedeutendem Polen-Geschäft sind in den letzten zehn bis 15 Jahre massiv angestiegen, von 15–25 Milliarden Euro um das Jahr 2000 auf 40–60 Milliarden zum EU-Beitritt (2004) und heute auf mehr als das Doppelte. Heute ist Polen für viele EU-Banken eine wichtige Forderungs- und Risikoposition, beispielsweise etwa 2–5 % aller internationalen Forderungen deutscher oder italienischer Banken (vor 15 Jahren hatte Polen im internationalen Geschäft von EU-Banken ein marginales Gewicht von 0,5–1 %). Insgesamt belaufen sich die Finanzierungen mit Polen-Bezug in internationalen Bankstatistiken aktuell sogar auf 270 Milliarden Euro, knapp 240 Milliarden davon (ca. 80 %) kommen aus EU-Ländern. Dieselben Statistiken zeigen auch: Polen hat in den letzten Jahren nicht unter einem signifikanten Abbau (*deleveraging*) der Auslandsbankpositionen gelitten, obgleich viele internationale und vor allem europäische Großbanken grenzüberschreitende Geschäfte allgemein merklich reduzierten. In internationalen Statistiken und auch bei den Marktanteilen auf dem polnischen Markt nehmen deutsche Banken, im Vergleich zum Handel, indes eine weniger prominente Position ein. Sie stehen »nur« für ca. 18 % aller internationalen Polenforderungen bzw. Banken aus Ländern wie Italien, Frankreich oder Spanien – die weniger stark im Außenhandel präsent sind – weisen ähnliche hohe Finanzierungsvolumina aus. Die weniger bedeutende Position deutscher Kreditinstitute ist die Folge zahlreicher längerfristiger Trends bzw. reflektiert eine unter-

proportionale Beteiligung am polnischen Bankenmarkt. Deutsche Banken – mit Ausnahme der Commerzbank (mBank) – haben sich im Gegensatz zu anderen Branchen nicht in der Fläche auf dem polnischen Markt und dem dort vorherrschenden traditionellen Einlagen- und Kreditgeschäft etabliert. Zudem hat das Polen- und Osteuropageschäft im deutschen Bankensektor durch die Übernahme der Münchner HVB/Bank-Austria durch die italienische UniCredit an Relevanz bzw. strategischer Priorität verloren.

Die prominente Rolle von EU-Banken auf dem lokalen Markt hat ihre Ursache in einer im EU-Vergleich hohen Marktpenetration durch Banken mit Auslandskapital; letzteres ist der Ausdruck des hohen Finanzsektoranteils an den ADI. Banken mit Auslandskapital kontrollieren 60 % der polnischen Bankaktiva. Dieser Wert ist im EU-Vergleich hoch, obgleich kleinere mitteleuropäische Nachbarländer teils noch höhere Werte aufweisen. Das Gros der Markteintritte von Auslandsbanken erfolgte vor zehn bis 15 Jahren, zu Beginn der 2000er Jahre kontrollierten Auslandsbanken (mehrheitlich aus der EU) gar 70 % der polnischen Bankaktiva. Seitdem ist diese Quote leicht rückläufig und insofern zeichnen sich schon länger weniger aggressive Marktstrategien ausländischer Akteure ab. Dennoch haben wichtige westeuropäische Marktspieler selektiv noch in den letzten drei bis vier Jahren aktiv Zukäufe getätigt bzw. polnische Töchter von Auslandsbanken mit Schiefelage im Heimatland (etwa von irischen oder griechischen Banken) übernommen. Trotz leicht sinkender Marktanteile von Auslandsbanken hat deren im EU-Schnitt immer noch hohe Bedeutung in den letzten Jahren eine zunehmend kritische Bewertung erfahren, eine »Re-Polonisierung« wurde gefordert. Sachlich betrachtet ist dies schwer nachzuvollziehen. Polen war in keinerlei Weise von einem Kapitalabzug durch westeuropäische Banken betroffen. Dennoch haben sich eine kritischere Haltung gegenüber dem Finanzsektor in der EU allgemein und Unsicherheiten in Bezug auf die Kapitalstärke westeuropäischer Banken mit Tochterbanken in Polen negativ auf die Stimmung gegenüber Auslandsbanken ausgewirkt. Angesichts dieser kritischen Haltung, eines barschen Politikgebarens gegenüber Banken im Allgemeinen und überraschend heftiger Gesetzesentwürfe und -änderungen, etwa bei der Besteuerung des Finanzsektors oder der Regulierung (z. B. eine mögliche »Zwangskonvertierung« von Fremdwährungskrediten wie in Ungarn bei Fehlen ähnlicher wirtschaftlicher und juristischer Gründe), wollen nun einige westeuropäische Marktspieler ihre Tochterbanken – vorrangig an polnische Investoren – verkaufen. Angesichts der wirtschaftspolitischen Unsicherheit und der gesunkenen Werthaltigkeit der Finanzsektor-Investitionen gestaltet sich dies schwie-

rig, wobei jüngste Politikeingriffe nicht allein für diesen Trend verantwortlich sind. Auf dem polnischen Markt war schon länger eine Konsolidierung notwendig, operieren doch zu viele (ausländische) Kreditinstitute mit kleinen Marktanteilen und damit wenig nachhaltigen Gewinnmöglichkeiten. Das verschärfte regulatorische Umfeld für Banken in Europa im Allgemeinen und lokal hat den Konsolidierungsdruck nur erhöht.

### Polen als Anlagedestination

Die solide gesamtwirtschaftliche Position und Konvergenz bei EWU-Kriterien (z. B. Inflation und Staatsschulden) erklärt, warum Polen sich in den letzten zehn Jahren als wichtige Destination für internationale und westeuropäische Anlagegelder in Staatsanleihen, auch aus Deutschland, etabliert hat. Diese Entwicklung ist beachtlich, da Polen vor der Öffnung und Liberalisierung der letzten 25 Jahre noch in den 1980er Jahren von massiven Finanzproblemen geprägt war – mit offizieller Staatspleite Anfang der 1980er Jahre. Die relative Attraktivität für internationale Anlagegelder wurde durch die erheblichen Rückschläge auf den Finanzmärkten und bei den Länderbonitätseinstufungen für große Teile der Eurozone – bei gleichzeitiger Stabilität auf dem polnischen Markt – in den letzten Jahren noch begünstigt. Bei jüngsten internationalen Emissionen des polnischen Staates in Fremdwährung (wie Euro) haben deutsche Investoren zwischen 30 und 45 % solcher Wertpapiere gezeichnet. Große Fondsgesellschaften aus Deutschland oder anderen Destinationen mit hohem Anlagebedarf des privaten Sektors oder öffentlicher Institutionen (z. B. Österreich, Schweiz, Luxemburg, Norwegen) sind wichtige Halter polnischer Staatsanleihen. Die Rolle als international anerkannter Schuldner hat es auch ermöglicht, dass Polen in den letzten Jahren seinen Anteil an Auslandsschulden bei der Staatsfinanzierung deutlich erhöht (von 25 % auf über 35 %) und sich hier extrem günstige Konditionen gesichert hat. Zudem hat die hohe internationale Nachfrage nach polnischen Anleihen es auch ermöglicht, zunehmend Zloty-Anleihen, zu günstigen Konditionen, bei Ausländern zu platzieren. Letzteres wurde auch durch die Verstaatlichung des privaten Rentensystems zunehmend wichtig, wobei bei den Gläubigern der in Zloty begebenen Staatsanleihen der Anteil von europäischen und deutschen Geldern kleiner ist als bei Anleihen in Fremdwährung, beim Außenhandel, bei den ADI oder im Bankensektor bzw. der Anteil von in Nordamerika oder Asien beheimateten Investoren deutlich höher ist. Deutsche Investoren halten nur etwa 5 % polnischer Zloty-Anleihen (Eurozonen- bzw. EU-Investoren »nur« 35–40 %), während US-Investoren oder Investoren aus Japan etwa 25 % bzw. 16 % der Zloty-Staatsanleihen besitzen. Diese international sehr

breit aufgestellte Investorenherkunft zeigt exemplarisch die Stellung, die sich Polen global als solider internationaler Finanzmarkt erarbeitet hat.

Insgesamt ist der Anteil nicht-gebietsansässiger Halter von Staatsanleihen in den letzten Jahren stark angestiegen, und zwar von 36% auf über 57%, Zloty-Anleihen und Fremdwährungspapiere eingerechnet. Diese Quote ist im internationalen und europäischen Vergleich hoch, konnte so nur als EU-Mitglied aufgebaut werden (hier sind solche grenzüberschreitenden Investitionen bei Staatsanleihen höher als in anderen entwickelten oder aufstrebenden Länder außerhalb der EU) und ist – gerade in Zeiten globaler Marktunsicherheiten – ein Vertrauensbeweis. Allerdings ist der hohe Ausländeranteil, vor allem auch bei Zloty-Anleihen, auch die Folge der in den letzten Jahren verschärften Renditesuche internationaler Investoren. Solch spekulativ induzierter Kapitalzufluss erhöht die Verletzlichkeit bei globalen Marktschwankungen. Insofern ist es erklärbar, dass in Polen zunehmend kritische Stimmen diesbezüglich laut wurden, wobei sich ökonomisch-sachliche Argumentationen (z. B. Anfälligkeit bei globalen Schocks) mit nationalstaatlich orientierten Argumenten (Zinsen fließen »ungerechtfertigt« in Ausland ab) vermischen. Die hohe Beteiligung von Auslandskapital an der Staatsfinanzierung ist auch die Folge geringer heimischer Ersparnisse. Insofern sind Initiativen zur Steigerung der Absorptionsfähigkeit heimischer Investoren in Bezug auf polnische Staatsanleihen sinnvoll – solange sie in ein stimmiges Gesamtkonzept eingebettet sind und keine direkte Benachteiligung ausländischer Investoren implizieren.

In diesem Kontext ist es schwer zu bewerten, ob jüngste negative Äußerungen von EU-Institutionen bezüglich aktueller politischer und ökonomischer Initiativen sowie erste Herabstufungen deswegen bei internationalen Agenturen zur Bewertung der Länderkreditwürdigkeit eine bereits integrationsskeptischere Haltung weiter unterstützen oder als Warnsignal verstanden werden. Im Januar bzw. im Mai haben zwei der drei wichtigen Agenturen zur Bewertung der Kreditwürdigkeit des polnischen Staates ihre Bewertung mit explizitem Verweis auf politisch-institutionelle Themen (und wirtschaftspolitische Implikationen) etwas überraschend gesenkt bzw. mit negativem Ausblick versehen – die ersten Herabstufungen der Länderbonitätsbewertung Polens seit dem Jahr 2003.

### **Wirtschaftsintegration und aktuelle politische Entwicklungen**

Im Einklang mit einer zunehmenden Skepsis in Bezug auf die (ökonomischen) Vorteile der EU-Integration in Europa werden auch in Polen Binnenmarktaspekte kri-

tischer betrachtet, etwa in einzelnen Sektoren oder in Bezug auf die ausländische Beteiligung bei Staatsanleihen. In der Rhetorik und bei Einzelmaßnahmen sind Parallelen zum Nachbarn Ungarn erkennbar. Auch hier haben sich teils ökonomische Argumentationen mit innenpolitisch opportunen bzw. populistisch anti-europäischen Erwägungen vermischt; teils wurden im EU-Kontext fragwürdige nationalstaatliche bzw. rein nationalökonomisch gedachte Strategien in einzelnen Wirtschaftssektoren umgesetzt (vor allem in Sektoren mit hoher Ausländerbeteiligung wie Banken oder große Einzelhändler). Allerdings haben diese (wirtschafts-)politischen Veränderungen dort (Extra-Besteuerung, Wiederverstaatlichung), im Gegensatz zu anfänglichen Befürchtungen, bis dato nicht zum drastischen Rückbau der EU-Binnenmarktintegration Ungarns geführt. Zudem war in Ungarn, als das Ziel zu einem gewissen Grad erreicht worden war (z. B. Reduktion der Ausländerbeteiligung im Bankensektor oder bei der Staatsfinanzierung), rasch eine Rückkehr zu einem gesunden Maß an ökonomischem Pragmatismus erkennbar; weniger allerdings im Politikbereich selbst. Die unmittelbaren ökonomischen Kosten der skizzierten wirtschaftspolitischen Interventionen in Ungarn waren eher gering, wobei mittelfristig und noch wirkende mittelbare Nebenwirkungen nicht geringzuschätzen sind (zunehmende wirtschaftliche und politische Machtkonzentration, steigende Bedeutung von regierungsnahen Firmen und Wirtschaftsbossen bzw. intransparenten Netzwerken, Verstrickung der Notenbank in die Staatsfinanzierung und intransparente Stiftungsfinanzierungen). Auch im Falle Österreichs war die Belegung mit *de facto* politischen EU-Sanktionen nach einem international skeptisch aufgenommenen Mitte-Rechts Regierungswechsel im Jahr 2000 für die Wirtschaft unmittelbar wenig folgenreich; doch wurde auch hier in dieser Periode der Grundstein für einige mittelbar schädliche Entwicklungen gelegt (z. B. überaggressive Expansion einer staatsnahen Bank, dubiose Privatisierungsgeschäfte).

Angesichts der skizzierten Beispiele Ungarn und Österreich erscheint es angezeigt, vorsichtig mit überzogenen Annahmen über kurzfristig wirksame, negative ökonomische Implikationen aktueller Entwicklungen in Polen zu agieren. Zumal auch in Polen (wie in Ungarn) ein Eigeninteresse besteht, auf umfangreiche und bereits zugesagte EU-Gelder zurückgreifen zu können. Dabei ist ein direkter Vergleich mit Ungarn jedoch mit Vorsicht zu betrachten. In Ungarn hat die nationalkonservative Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán das Land nach einem wirtschaftlichen Niedergang stabilisiert, in Polen ist die Situation anders gelagert. Hier droht eine schleichende Verschlechterung von hohem Niveau. Das mittelfristige Enttäuschungspotential für

Investoren in solch einer Konstellation ist höher. Und im Falle fortwährender Enttäuschungen von Investorerwartungen droht durchaus das Risiko sich selbst verstärkender Entwicklungen. Das heißt, Kapitalabflüsse und deren Folgen könnten weitere integrationspolitische Schritte nach sich ziehen, was weiteren Vertrauensverlust und erneute Kapitalabflüsse induzieren kann und schließlich noch mehr Integrationskepsis. Solch ein Prozess kann angesichts des hohen Grades der Banken- und Finanzmarktintegration Polens sowie der doch fortgeschrittenen Sophistizierung der polnischen Finanzmärkte zu spürbaren kurzfristigen Marktverwerfungen führen, zumal, wie zuvor skizziert, auch in Polen das Risiko mittelfristig negativer mittelbarer Folgewirkungen besteht, etwa durch politisch motivierte Neubesetzungen aus gewissen Netzwerken in staatsnahen Wirtschaftsbereichen oder dubiose Reprivatisierungsgeschäfte.

Für eine aus analytischer Perspektive angezeigte Rückkehr zu mehr wirtschaftspolitischem Pragmatismus wird entscheidend sein, ob das politische und wirtschaftliche System bei der Implementierung einiger hektischer Aktionen mittelfristig über hinreichende Korrektur- und Kontrollmechanismen verfügt, um Ansätze der aktuellen Regierung im politischen Prozess hinreichend korrigieren zu können, denn die äußerst enge Integration Polens in den EU-Binnenmarkt und die internationalen Finanzmärkte hat sicherlich zum Aufschwung der polnischen Wirtschaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten beigetragen. Insofern wäre eine nachhaltig den Kerngedanken des EU-Binnenmarktes entgegengesetzte nationalstaatlich orientierte Wirtschaftspolitik wenig zielführend. Ohne massive Kapitalzuflüsse und Investitionen (vor allem aus Westeuropa), die auf eine risikoadäquate Kapitalverzinsung abzielen, sowie ohne die genutzte Chance, in einem besonderen wirtschaftshistorischen Zeitfenster zur ersten EU-Osterweiterungsrunde gehört zu haben, wäre der Wohlstand Polens heute kaum auf dem aktuellen Niveau. Nachzügler beim EU-Beitritt (Rumänien, Bulgarien, Kroatien) haben es schwerer, gleiche Investitionssummen wie die Länder der Beitrittsrunde im Jahr 2004 anzuziehen. Hinzu kommt, dass

es Polen geschafft hat, sich in den letzten Jahren (auch gegenüber der asiatischen Konkurrenz) als globaler und in der EU relevanter *outsourcing*-Standort zu etablieren. Somit ist durchaus eine sinnvolle Weiterentwicklung der EU-Binnenmarktintegration (von der »Lohnkostenarbitrage« bzw. der »verlängerten Werkbank«) zu höherwertigen und zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen, mit Strahlkraft über Warschau hinaus, im Gange. Bis dato ist das Vertrauen in Polen als Wirtschaftsstandort noch nicht nachhaltig erschüttert, wie etwa das jüngste Vorhaben des deutschen Großkonzerns Daimler/Mercedes (in diesem Jahr wurde verkündet, für ein neues Motorenwerk in Polen 500–800 Millionen Euro zu investieren) oder beispielsweise Fortschritte im A.T. Kearney »Global Services Location Index« für das Jahr 2016 zeigen. In diesem Kontext gilt es nicht zu vergessen, dass Polen nicht immer gesetzter Kandidat der EU-Erweiterungsrunde des Jahres 2004 war, aber in Deutschland und gerade in der deutschen Wirtschaft einen starken Fürsprecher hatte. Auch aus breiter integrationspolitischer Perspektive sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass jüngste Finanzmarkt- bzw. Bankenkrise in der EU bzw. EWU die langfristigen Risiken von rein national aufgestellten bzw. wenig diversifizierten Finanzsystemen mit enger Verflechtung zum eigenen Staat bei fehlender pan-europäischer Solidarität bzw. Absicherung aufgezeigt haben. Insofern kann es sich langfristig für Polen negativ auswirken, wenn die EU-Binnenmarktintegration zu sehr zurückgedreht wird.

Eine positive gesamtwirtschaftliche Sicht auf die EU-Integration Polens darf indes auch nicht berechtigte integrationspolitische und sozialpolitische Bedenken klein reden (z. B. massive soziale Ungleichheiten, das Gefühl, wenig am Außenhandelsboom zu partizipieren, bzw. Befürchtungen, vom EU-Binnenmarkt würden vor allem multinationale Firmen profitieren), die sich in der EU insgesamt und gerade auch in EU-Transformationsstaaten wie Polen in den letzten Jahren verstärkt haben. Solche Bedenken werden in Ländern wie Polen gern von bestehenden starken nationalkonservativen Bewegungen instrumentalisiert.

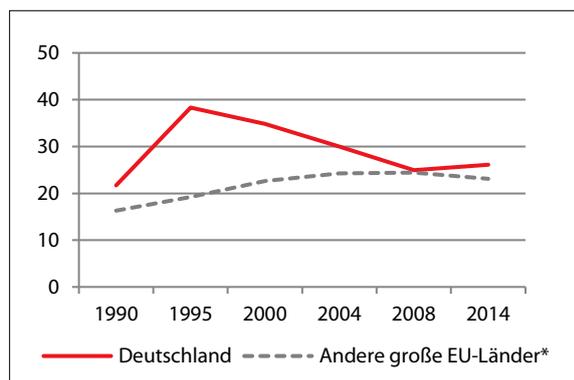
#### *Über den Autor*

Gunter Deuber leitet die volkswirtschaftliche Osteuropa- und Bankensektoranalyse bei der Raiffeisen Bank International in Wien, die seit 1991 in Polen tätig ist. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte ist die Analyse der polnischen Volkswirtschaft und des Finanzsektors, auch aus regional vergleichender Perspektive.

STATISTIK

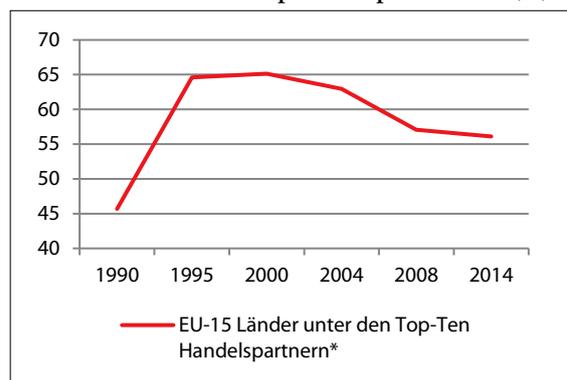
## Wirtschaftliche und finanzielle Indikatoren

Grafik 1: Polen: Exportanteile (%)



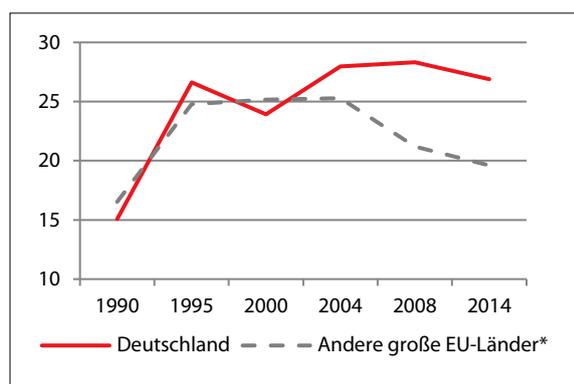
\* Frankreich, Italien, Großbritannien, Niederlande, Spanien  
 Quelle: nationale Quellen (GUS), RBI/Raiffeisen RESEARCH;  
 Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

Grafik 2: Polen: Anteil von Ländern der EU-15 unter den Top Ten-Exportländern (%)\*



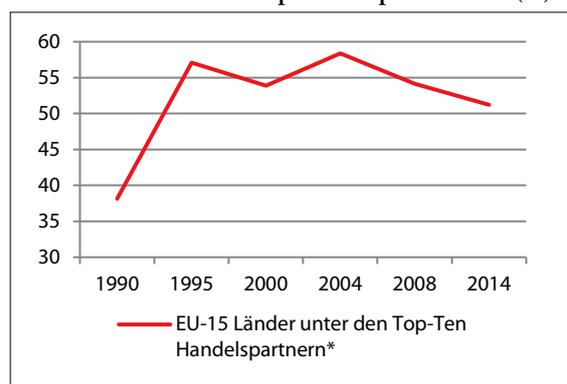
\* EU-Länder vor den Osterweiterungen: Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Niederlande, Spanien, Schweden, Belgien, Österreich  
 Quelle: nationale Quellen (GUS), RBI/Raiffeisen RESEARCH;  
 Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

Grafik 3: Polen: Importanteile (%)



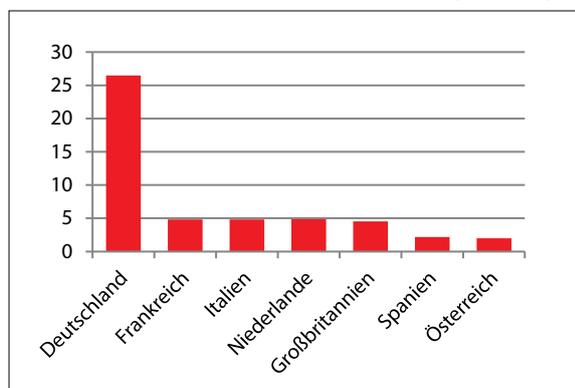
\* Frankreich, Italien, Großbritannien, Niederlande, Spanien  
 Quelle: nationale Quellen (GUS), RBI/Raiffeisen RESEARCH;  
 Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

Grafik 4: Polen: Anteil von Ländern der EU-15 unter den Top Ten-Importländern (%)\*



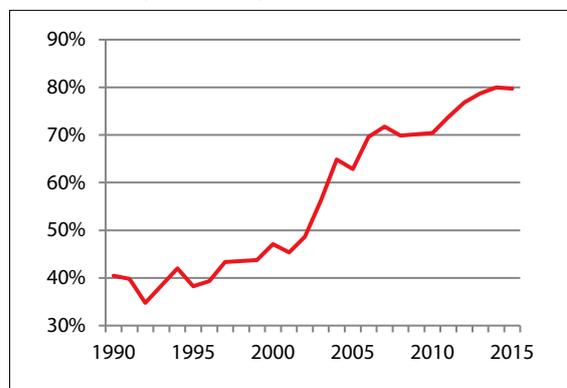
\* EU-Länder vor den Osterweiterungen: Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Niederlande, Spanien, Schweden, Belgien, Österreich  
 Quelle: nationale Quellen (GUS), RBI/Raiffeisen RESEARCH;  
 Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 5: Polen: Außenhandelsanteile Deutschland und weitere EU-Länder (% , 2014)\***



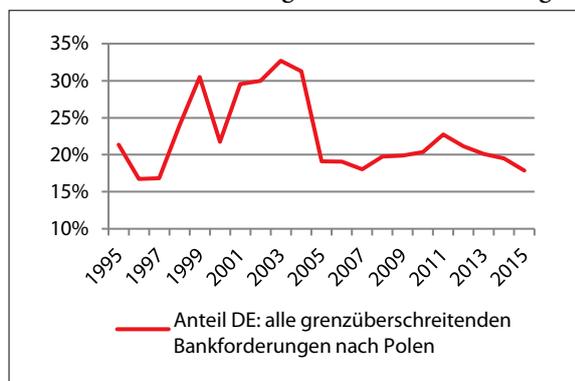
\* Export- und Importanteil gesamt  
 Quelle: nationale Quellen (GUS), RBI/Raiiffeisen RESEARCH;  
 Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 6: Polen: Außenhandel (% des BIP)**



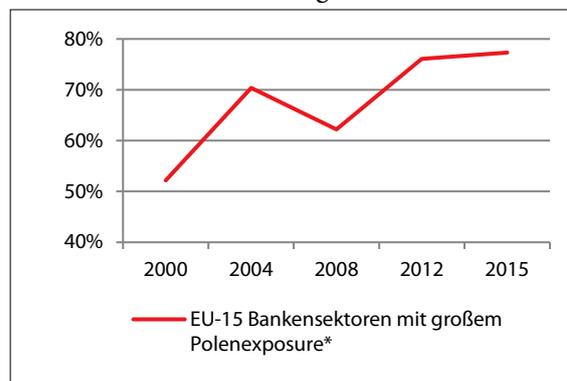
Quelle: nationale Quellen (GUS), RBI/Raiiffeisen RESEARCH;  
 Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 7: Polen: Grenzüberschreitende Bankforderungen aus Deutschland bzw. in Deutschland gebucht mit Polen-Bezug**



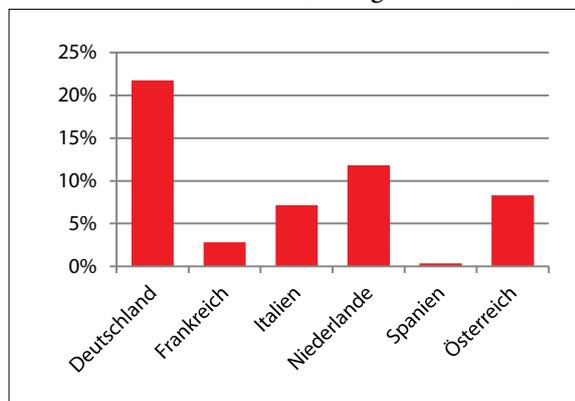
Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, RBI/Raiiffeisen RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 8: Polen: Die Bedeutung westeuropäischer Banken bei grenzüberschreitenden Bankforderungen nach Polen**



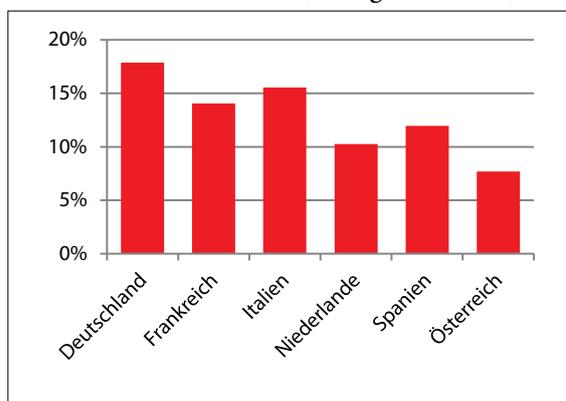
\* Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Spanien, Österreich, Anteil an allen grenzüberschreitenden Bankforderungen nach Polen  
 Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, RBI/Raiiffeisen RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 9: Polen: Grenzüberschreitende Bankforderungen von ausgewählten westeuropäischen Ländern (% insgesamt, 2000)**



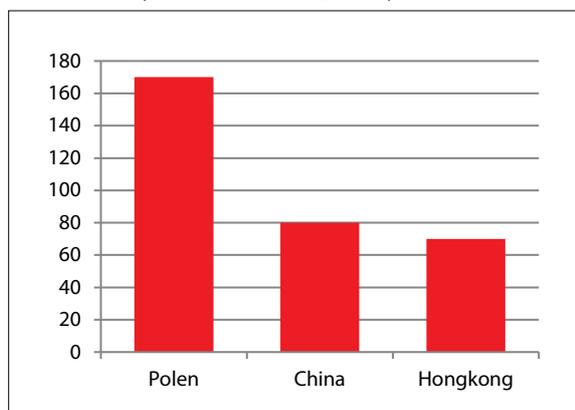
Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, RBI/Raiffeisen RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 10: Polen: Grenzüberschreitende Bankforderungen von ausgewählten westeuropäischen Ländern (% insgesamt, 2015)**



Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, RBI/Raiffeisen RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

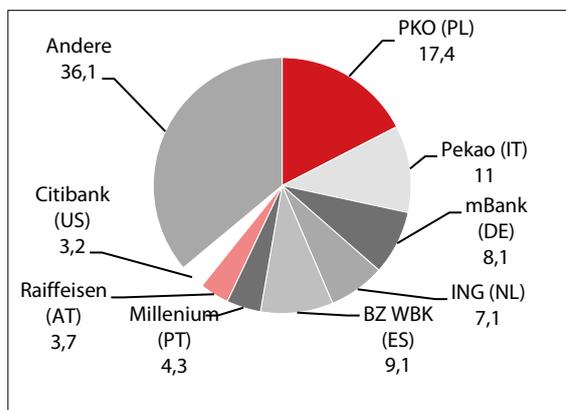
**Grafik 11: Grenzüberschreitende Bankforderungen ausgewählter westeuropäischer Länder gegenüber Polen, China, Hongkong (Milliarden EUR, 2015)\***



\* Wichtige europäische Bankensektoren mit großem Polengeschäft (Österreich, Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande, Spanien)

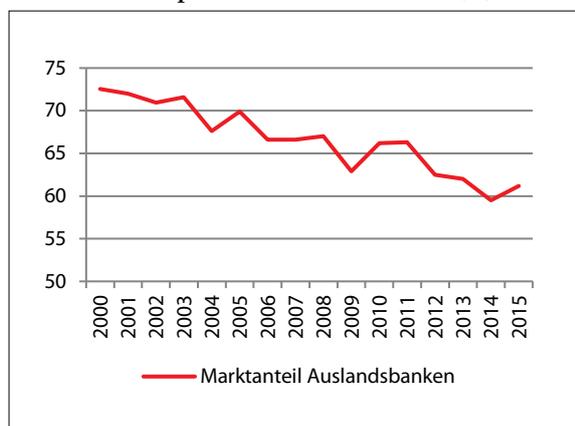
Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, RBI/Raiffeisen RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 12: Polen: Marktanteile Bankenmarkt 2015 (Prozentanteil und Eigentümerschaft)**



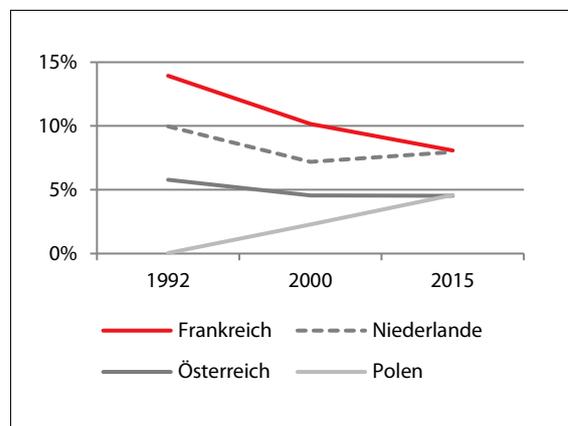
Quelle: nationale Quellen (Firmendaten), RBI/Raiffeisen RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 13: Der Marktanteil ausländischer Banken am polnischen Bankenmarkt (%)**



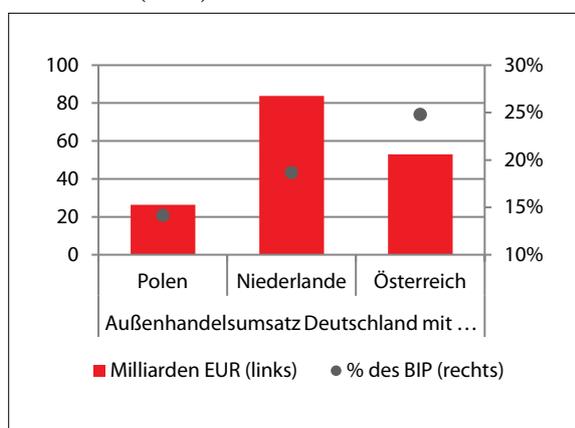
Quelle: nationale Quellen (NBP, Firmendaten), RBI/Raiffeisen RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 14: Deutschland: Der Anteil ausgewählter Länder am deutschen Außenhandel**



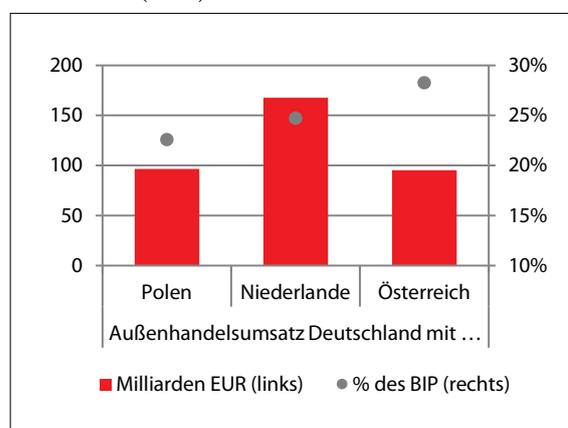
Quelle: Destatis, RBI/Raiffeisen RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 15: Handelsvolumen mit Deutschland (2000)**



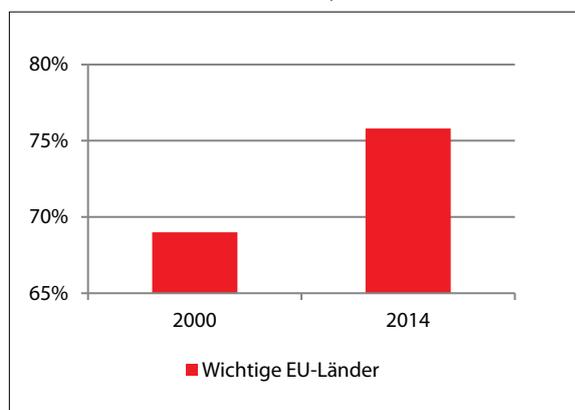
Quelle: Destatis, RBI/Raiffeisen RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 16: Handelsvolumen mit Deutschland (2015)**



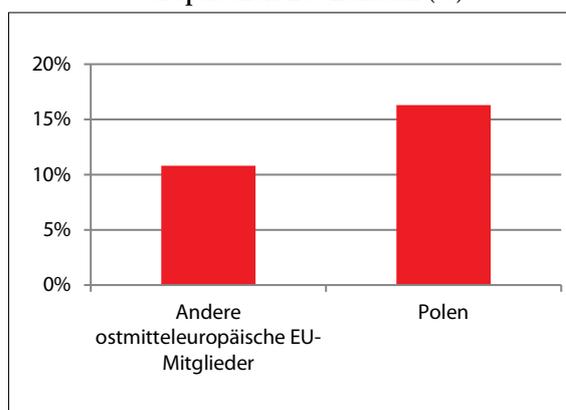
Quelle: Destatis, RBI/Raiffeisen RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 17: Polen: Der Anteil wichtiger EU-ADI-Herkunftsländer (% des gesamten ADI-Bestands in Polen)\***



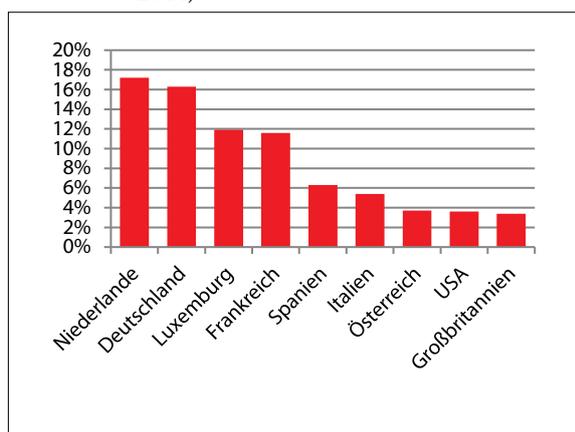
\* ADI – Ausländische Direktinvestitionen  
 Niederlande, Deutschland, Luxemburg, Frankreich, Spanien, Italien, Österreich, Großbritannien  
 Quelle: nationale Quellen (GUS), wiiw, RBI/RaiFFEISEN RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 18: Der Anteil Deutschlands an den ADI in Polen und in anderen ostmitteleuropäischen EU-Ländern (%)\***



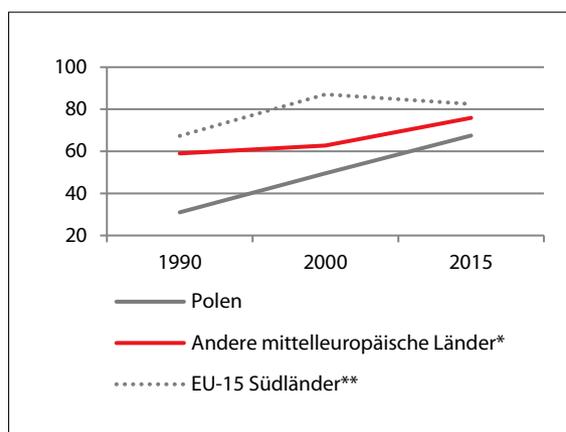
\* ADI – Ausländische Direktinvestitionen  
 Quelle: nationale Quellen (GUS), wiiw, RBI/RaiFFEISEN RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 19: Wichtige ADI-Herkunftsländer (% des gesamten ADI-Bestands in Polen, 2014)\***



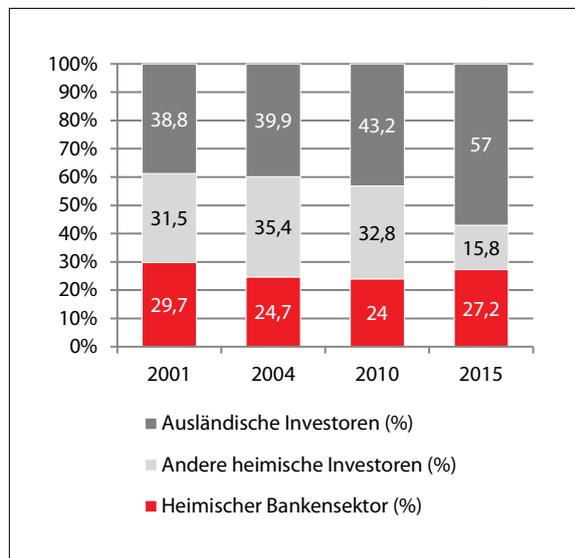
\* ADI – Ausländische Direktinvestitionen  
 Quelle: nationale Quellen (GUS), RBI/RaiFFEISEN RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 20: BIP pro Kopf (% des EU-Schnitts, zu Kaufkraftparität)**



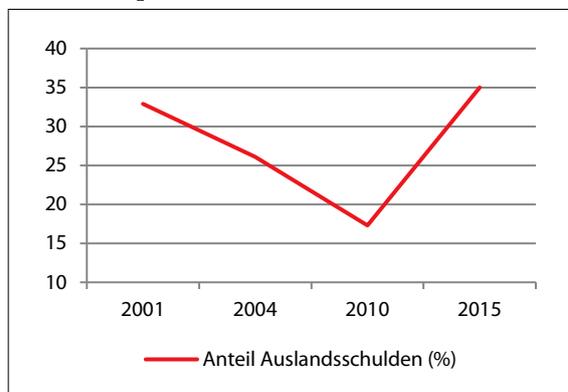
\* Tschechien, Ungarn, Slowakei, Slowenien  
 \*\* Portugal, Spanien, Griechenland  
 Quelle: Eurostat, wiiw, RBI/RaiFFEISEN RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 21: Investorengruppen in polnischen Staatsanleihen (% , Staatsanleihen insgesamt)**



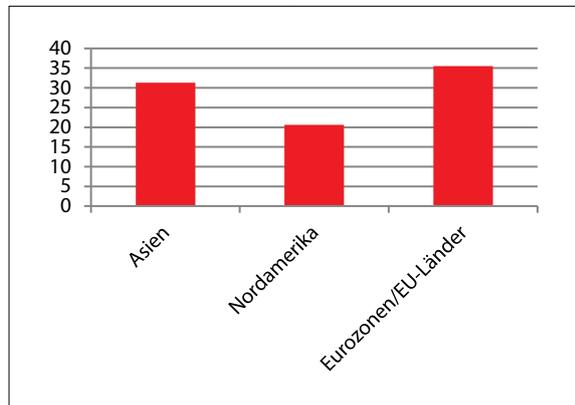
Quelle: nationale Quellen (Finanzministerium), RBI/Raiffeisen RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 22: Der Anteil der Auslandsschulden an der polnischen Staatsschuld (%)**



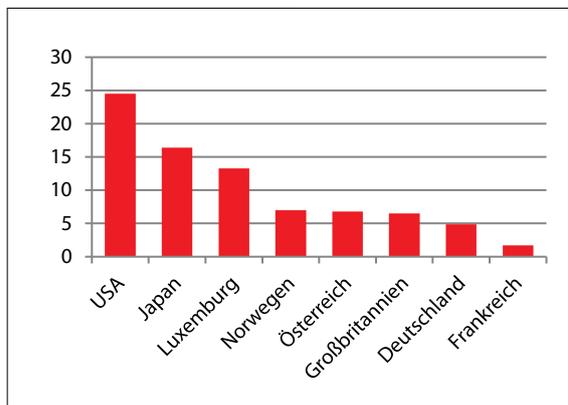
Quelle: nationale Quellen (Finanzministerium), RBI/Raiffeisen RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 23: Investoren in polnischen Staatsanleihen, 2015 (% , Zloty-Anleihen)**



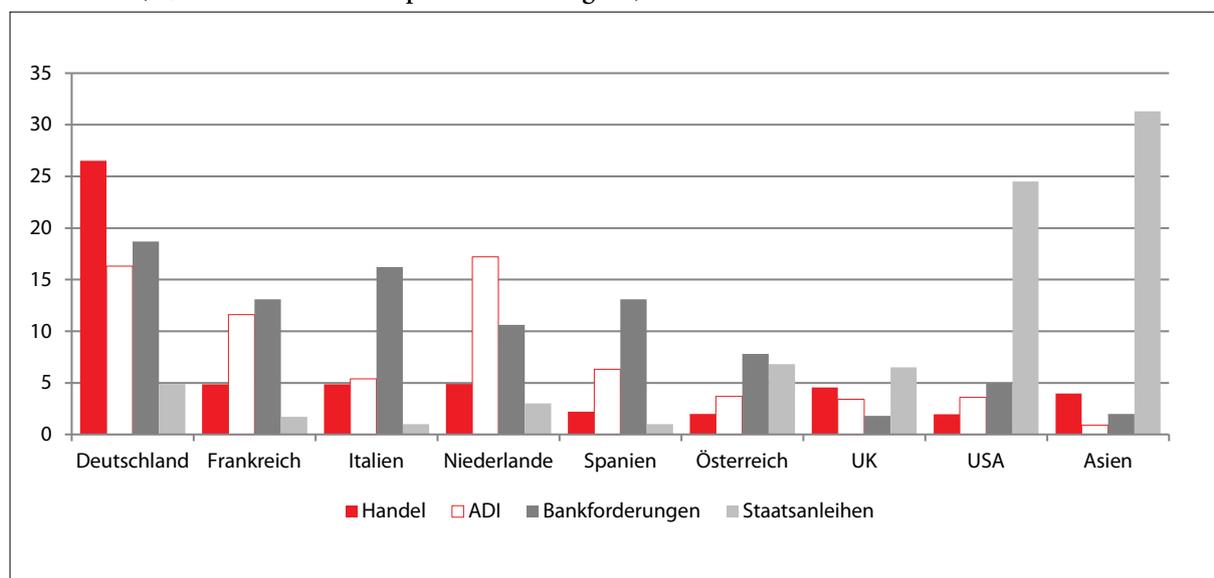
Quelle: nationale Quellen (Finanzministerium), RBI/Raiffeisen RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 24: Investoren in polnischen Staatsanleihen, 2015 (% , Zloty-Anleihen)**



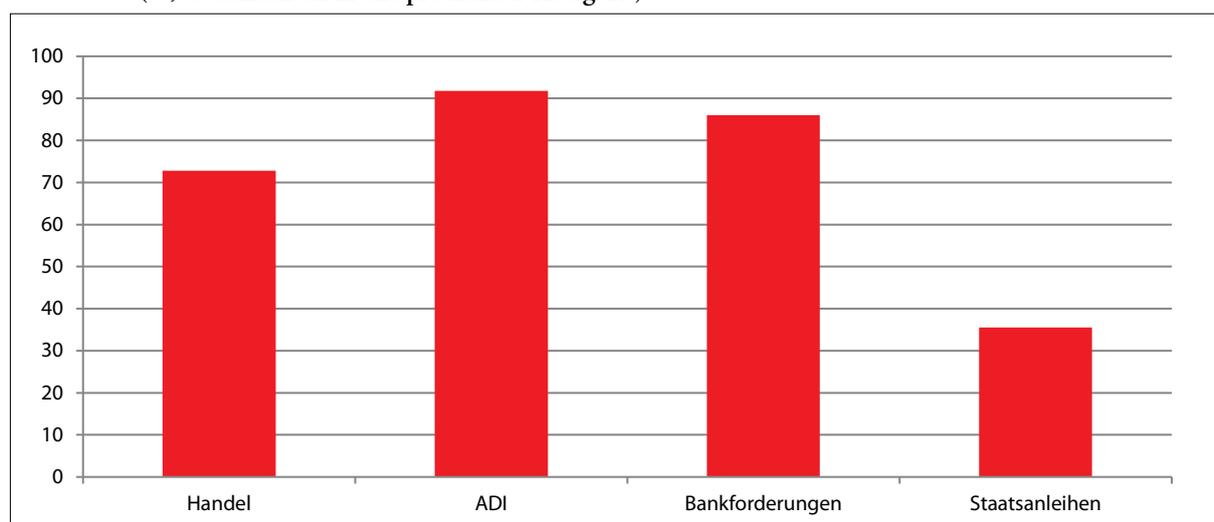
Quelle: nationale Quellen (Finanzministerium), RBI/Raiffeisen RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 25: Polen: Integrationsgrad mit wichtigen Wirtschaftspartnern, 2014 bzw. 2015**  
(%, Gesamtanteil in entsprechender Kategorie)\*



\*Für manche Länder und Größen liegen aktuelle Daten aus dem Jahr 2014, für andere aus dem Jahr 2015 vor. Es handelt sich um Strukturindikatoren, bei denen davon auszugehen ist, dass sich die Dimensionen zwischen den Jahren nicht signifikant unterscheiden.  
Quelle: nationale Quellen (GUS, Finanzministerium), Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, wiiw, RBI/Raiffeisen RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

**Grafik 26: Polen: Integrationsgrad mit EU-Ländern 2014 bzw. 2015**  
(%, Gesamtanteil in entsprechender Kategorie)\*



\*Für manche Länder und Größen liegen aktuelle Daten aus dem Jahr 2014, für andere aus dem Jahr 2015 vor. Es handelt sich um Strukturindikatoren, bei denen davon auszugehen ist, dass sich die Dimensionen zwischen den Jahren nicht signifikant unterscheiden.  
Quelle: nationale Quellen (GUS, Finanzministerium), Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, wiiw, RBI/Raiffeisen RESEARCH; Zusammenstellung des Autors Gunter Deuber

## 17. Mai 2016 – 6. Juni 2016

17.05.2016	Nach Angaben der Tageszeitung »Rzeczpospolita« zeigt sich Ministerpräsidentin Beata Szydło in einem Gespräch mit dem Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, offen für die Frage der Veröffentlichung der Urteile des Verfassungstribunals und der Aufnahme von drei Richtern in das Gericht, die noch in der vergangenen Legislaturperiode des Sejm gewählt worden waren. Regierungssprecher Rafał Bochenek dementiert jedoch, dass es diese konkreten Vorschläge gegeben habe, und bewertet das Gespräch als allgemeinen Austausch über den Konflikt um das Verfassungstribunal.
18.05.2016	Die Europäische Kommission stellt Polen im Konflikt um die Reform des Verfassungstribunals ein Ultimatum. Sollte Polen bis zum 23. Mai keinen signifikanten Fortschritt in dieser Angelegenheit einleiten, werde die Europäische Kommission offiziell ihre Bewertung der Situation als Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit in Polen verkünden, so der Erste Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans.
19.05.2016	Am Rande des Außenministertreffens der NATO-Partner in Brüssel zeigt sich Außenminister Witold Waszczykowski unbesorgt, dass die Stärkung der NATO-Aktivitäten im Süden des Bündnisses auf Kosten der Stärkung der Ostflanke gehen könne. Die NATO müsse in den beiden Bereichen unterschiedliche Mittel einsetzen. Als Bedrohungen an der südlichen Grenze nennt Waszczykowski Migranten und Flüchtlinge sowie den Terrorismus. Sie seien aber nicht so existentiell wie die Bedrohungen aus dem Osten.
20.05.2016	Ministerpräsidentin Beata Szydło gibt vor dem Sejm eine Regierungserklärung zum Konflikt um die Reform des Verfassungstribunals ab. Die Regierung werde sich keinem Ultimatum der EU, sondern nur dem Willen der Bürger beugen. Der Opposition wirft sie Verrat an den polnischen Interessen vor. Im Anschluss kommt es zu scharfen Stellungnahmen von Seiten der Oppositionsparteien, die der Regierung und der Parlamentsmehrheit von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) vorwerfen, die Verfassung zu brechen, Polen international lächerlich zu machen und die Spaltung der polnischen Gesellschaft zu vertiefen.
20.05.2016	Der Sejm verabschiedet mit den Stimmen von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und Kukiz '15 einen Beschluss zur Verteidigung der Souveränität Polens. Darin heißt es, dass die durch PiS repräsentierte Parlamentsmehrheit bereit sei, einen Kompromiss mit der Opposition im Konflikt um die Reform des Verfassungstribunals zu suchen. Des Weiteren wird die Regierung aufgerufen, sich der Beschneidung der Souveränität von Seiten der Europäischen Union in der Frage der Lösung des Flüchtlingsproblems entgegen zu stellen.
23.05.2016	Auf dem UN-Nothilfegipfel in Istanbul unterstreicht Ministerpräsidentin Beata Szydło, dass der Aufbau selbständiger und unabhängiger Staaten und die Unterstützung ihres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kapitals fundamental für die Bekämpfung von Unruhen und Krisen seien. Schlüsselbedeutung hätten dabei Arbeit und Bildung. Polen habe seine Mittel für humanitäre Hilfe in diesem Jahr verdoppelt und werde sie in den kommenden Jahren weiter erhöhen.
24.05.2016	Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der Europäischen Kommission, spricht in Warschau mit Ministerpräsidentin Beata Szydło und dem Präsidenten des Verfassungstribunals, Andrzej Rzepliński, über den Konflikt um das Gericht infolge seiner Reformierung unter der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Die Kommission hat die Warschau für den Vortag gesetzt Frist verstreichen lassen und darauf verzichtet, eine offizielle Verwarnung zu schicken. Die formale Stellungnahme durch die Europäische Kommission wird nun für die kommende Woche in Aussicht gestellt.
25.05.2016	Nach aktuellen Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Arbeitslosenquote Ende April 9,5 % (März: 10 %).
26.05.2016	Am katholischen Feiertag Fronleichnam ruft Kardinal Kazimierz Nycz in Warschau zu mehr Frieden und Ruhe im öffentlichen und politischen Leben auf. Es reiche nicht aus, die Streitigkeiten bis zum Besuch von Papst Franziskus während des Weltjugendtags in Krakau im Juli einzustellen. Es müsse ein Neubeginn bei der Lösung der bestehenden Konflikte gesucht werden. Hintergrund ist der Appell des Parteivorsitzenden von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, die politischen Konflikte bis zur Beendigung des Papstbesuches auszusetzen.
27.05.2016	Außenminister Witold Waszczykowski kündigt an, dass bei den deutsch-polnischen Regierungskonsultationen am 22. Juni in Berlin außer der internationalen Lage bilaterale Fragen im Bereich der Wirtschaft, des Schulwesens und der nationalen Minderheiten thematisiert werden. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern bewertet er als »sehr gut«, auch der wirtschaftliche Austausch finde auf einem sehr hohen Niveau statt. Zwar bestünden über manche Themen wie Klima- und Energiepolitik und Fragen der NATO-Präsenz in den Ländern der Ostflanke Interessensdivergenzen, jedoch sei das Verbindende beider Länder das Bemühen, den Frieden in Europa zu schützen, es nicht zu weiteren Vorfällen und einer Eskalation des Konflikts durch Russland kommen zu lassen sowie die EU und die NATO aufrechtzuerhalten.

30.05.2016	Zu Beginn seines zweitägigen Besuchs in Warschau zur Vorbereitung des dort stattfindenden NATO-Gipfels am 8. und 9. Juli trifft sich NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg mit Präsident Andrzej Duda. Mit Blick auf die Sicherheitslage im Osten und Süden des Bündnisses betont Stoltenberg, dass die NATO vor den größten Herausforderungen seit Generationen stehe. Derzeit würden konkrete Pläne zum Einsatz verstärkter Truppenpräsenz in den Bündnisländern an der Ostflanke diskutiert, über die auf dem NATO-Gipfel entschieden werden wird. Duda unterstreicht die Bedeutung der Einheit und der Solidarität des Bündnisses, was beinhaltet, dass die Sicherheit jedes Partners und aller gemeinsam nicht teilbar sei. Des Weiteren teilt Duda mit, dass der Beschluss gefasst worden sei, die Fregatte »Kościuszko« in die Ägäis zu entsenden, um dort den NATO-Einsatz im Rahmen der Flüchtlingskrise zu unterstützen.
31.05.2016	Im Rahmen seines Vorbereitungsbesuchs zum NATO-Gipfel am 8. und 9. Juli in Warschau trifft sich NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Warschau mit Ministerpräsidentin Beata Szydło, Verteidigungsminister Antoni Macierewicz und Außenminister Witold Waszczykowski. Bekräftigt wird die verstärkte Präsenz rotierender Bündnisstruppen in den östlichen Bündnisländern nach dem NATO-Gipfel sowie der defensive und solidarische Charakter des Bündnisses.
01.06.2016	Die Europäische Kommission verabschiedet eine Stellungnahme zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen, die sie der polnischen Regierung zukommen lässt. Die polnische Regierung hat nun zwei Wochen Zeit zu reagieren.
01.06.2016	Ministerpräsidentin Beata Szydło empfängt den Ministerpräsidenten Estlands, Taavi Rõivas. Thematisiert werden der NATO-Gipfel in Warschau im Juli, die europäische Flüchtlingskrise und das Referendum in Großbritannien im Juni über einen Ausstieg aus der EU. Beide sprechen sich für einen Verbleib Großbritanniens in der Union aus, was für die Stabilität der EU und ihre wirtschaftliche Perspektive von enormer Bedeutung sei.
02.06.2016	Regierungssprecher Rafał Bochenek kündigt an, dass die Stellungnahme der Europäischen Kommission zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen vom Vortag an den Sejm weitergeleitet wird.
03.06.2016	Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Ministerrates, Minister Henryk Kowalczyk, kündigt an, dass der Ministerrat für das Jahr 2017 einen Mindestlohn in Höhe von 1.920 Zloty (2016: 1.850 Zloty) vorschlagen wird. Der Vorschlag wird dem Rat für Sozialen Dialog unterbreitet, in dem Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände vertreten sind, die eigene Vorschläge gemacht haben. Sollte keine Einigung ausgehandelt werden, kann die Regierung die Höhe des Mindestlohns festlegen.
04.06.2016	Auf dem Parteitag des Warschauer Verbands von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) unterstreicht PiS-Vorsitzender Jarosław Kaczyński vor dem Hintergrund des Konfliktes um die von PiS eingeleitete Reform des Verfassungstribunals in Polen, dass für die Rechtsprechung das Parlament und der Präsident, die vom Volk gewählt werden, verantwortlich seien. Die Ablehnung und Nichtbefolgung der neuen Gesetzgebung sei demnach ein Bruch der Verfassung und der demokratischen Prinzipien des Rechtsstaates.
04.06.2016	Am 25. Jahrestag der halbfreien Wahlen von 1989 demonstrieren in mehreren polnischen Städten Zehntausende gegen die Regierungspolitik von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Auf Widerstand stoßen u. a. die Reform des Verfassungstribunals und des Mediengesetzes. Wie in den vergangenen Monaten hat das Komitee zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji – KOD) zu den Protesten aufgerufen. Nach Angaben der Stadtverwaltung nehmen in Warschau 50.000 Demonstranten teil, nach Angaben der Polizei deutlich weniger.
04.06.2016	Präsident Andrzej Duda unterstreicht, dass es sich bei den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 nicht um vollständig freie Wahlen gehandelt hat. Auch hätte ein Teil der Eliten der damaligen Solidarność-Bewegung dazu beigetragen, dass sich die Funktionäre des kommunistischen Systems nach dessen Zusammenbruch neu hätten etablieren können.
06.06.2016	Ryszard Petru, Parteivorsitzender von Die Moderne (Nowoczesna), spricht sich für Neuwahlen aus, um die Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) auf demokratische Weise ihres Amtes zu entheben. PiS führe Polen in eine Katastrophe, da sich im Inneren die Gesellschaft zerstreite, sich Polen außenpolitisch im Konflikt mit der EU befinde und die Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen werde. Im Falle einer vierjährigen Regierungszeit von PiS werde Polen mental zerstört sein.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

## ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. [www.isp.org.pl](http://www.isp.org.pl)

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY  
POLSKO-NIEMIECKIEJ  
STIFTUNG  
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE  
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2016 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,

D-64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)